Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Gewerbe- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 50. Freitag, den 28. Februar 1908. 19. Jahrgang.

Zur Landtagswahl in Oberschlesien.

Auch im oberschlesischen Industriebezirk rührt es sich zu den Landtagswahlen, nachdem bekannt geworden, daß wahrscheinlich schon in wenigen Monaten die Neuwahlen stattfinden werden. Die jetzigen Besitzer der beiden Landtagsmandate, die konservativ-nationalliberalen Hakatisten, auch Hüttenpartei genannt, lassen freilich in der Oeffentlichkeit nichts von sich hören, desto eifriger beraten sie aber hinter verschlossenen Türen. Und einer ihrer beiden parlamentarischen Vertreter, Herr Dr. Voltz — der andere, Generaldirektor Junghann, ein sehr alter Herr, ist parlamentarisch gar nicht hervorgetreten —, schwingt eine [illegible] der anderen, hat im gegenwärtigen Monat schon dreimal im Landtage gesprochen und wird wahrscheinlich noch ein paar Mal mehr „beweisen“, wie notwendig seine Wiederwahl ist. Was der Herr jüngst geredet hat, wollen wir demnächst in einer besonderen Betrachtung würdigen. Auch das Zentrum, das die seit 1882 besessenen, 1903 verlorenen Mandate wiederzugewinnen hat, bereitet sich möglichst geräuschlos auf die Neuwahlen vor. Für den Erfolg des Zentrums entscheidend wird die Stellung sein, welche die Polen bei den nächsten Landtagswahlen im oberschlesischen Industriebezirk einnehmen. Selbständig wie bei den Reichstagswahlen können sie bei den Landtagswahlen im Industriebezirk nicht vorgehen, denn ihre Wähler sind meist arme Arbeiter, die es nicht wagen werden, öffentlich gegen die Wahlmannskandidaten ihrer „Herren“, die Aufseher, Steiger und anderen Werksbeamten, und für nationalpolnische Wahlmänner zu stimmen. Sie können höchstens hier und da wagen, für Zentrumswahlmänner zu stimmen, damit aber haben sie das Schicksal des Zentrums in der Hand, denn nur mit Anspannung aller Kräfte wird das Zentrum das Verlorene gegen die mächtige Hüttenpartei wenigstens zum Teil wiedergewinnen können. Für das Zentrum in Oberschlesien ist also eine Verständigung mit den Polen eine Art Lebensfrage, und diese Verständigung wird es nur erzielen, wenn es den Polen einige außerhalb des Industriebezirks gelegene sichere Landtagskreise abtritt. Im anderen Falle werden die Polen bei den Landtagswahlen wieder Gewehr bei Fuß stehen oder gar, wie seiner Zeit im Pleß-Rybnicker Kreise, durch Abstinenz die Mandate ganz direkt in die Hände der grinsenden Hakatisten spielen.

Die famose „Wahlreform“ der preußischen Regierung hat ja auch zu einer Umgestaltung der Wahlkreisgrenzen im Industriebezirk geführt. Aus dem einen ungeheueren Landtagswahlkreis, den bisher die beiden Reichstagswahlkreise Beuthen-Tarnowitz und Kattowitz-Zabrze bildeten, der zwei Abgeordnete wählte, sind drei Landtagswahlkreise mit je einem Abgeordneten geworden. Es bilden jetzt die drei Städte Beuthen, Kattowitz, Königshütte einen Wahlkreis, den zweiten die Landratskreise Beuthen und Tarnowitz, den dritten die Landratskreise Kattowitz und Zabrze und die kleine Stadt Myslowitz. Auf diese Umänderung haben nun die Freisinnigen des Industriebezirks ihre Hoffnung gesetzt. Sie glauben, den die drei großen Städte umfassenden Wahlkreis für sich beanspruchen zu können. Haben sie bisher bei Landtags- wie Reichstagswahlen die Hüttenpartei unterstützt, ohne irgend etwas davon zu haben, so soll das jetzt anders werden. In einer kürzlich stattgehabten Konferenz der freisinnigen Vertrauensmänner wurde beschlossen, ein ferneres Zusammengehen mit der Hüttenpartei unter allen Umständen davon abhängig zu machen, daß im Städtekreis ein freisinniger Kandidat aufgestellt bezw. unterstützt werde. Und es wurde auf der Konferenz versichert, daß leitende Personen in der Hüttenpartei dies Zugeständnis für selbstverständlich erklärten. Eine offizielle Zusage ist jedoch noch nicht erfolgt und die Freisinnigen schweben immer noch zwischen Himmel und Erde. Es ist auch noch recht zweifelhaft, ob die Hüttenpartei eine solche Zusage machen wird. Nötig hat sie es jedenfalls nicht, die oberschlesischen Freisinnigen werden, wenn ihnen der besondere freisinnige Kandidat abgeschlagen wird, auch ganz artig für den von der Hüttenpartei präsentierten „auch“liberalen Kandidaten stimmen, sich vielleicht zunächst ein wenig sträuben und entrüsten, dann aber finden, daß der Kandidat der Hüttenpartei ein ganz vortrefflicher Mann, ein gemäßigter, aber doch „wirklich Liberaler“ und also ein sehr empfehlenswerter „Volksvertreter“ sei. Einmal ist die Zahl der Freisinnigen im Bezirk erheblich kleiner, wie die Herren selbst glauben, und dann ist die wirtschaftliche Macht der Gruben- und Hüttenbarone gegenüber den freisinnigen Geschäftsleuten vielfach so groß, daß viele es unter keinen Umständen wagen, bei öffentlicher Abstimmung gegen diese mächtigen Leute zu opponieren. Das hat sich schon sehr oft gezeigt und wird sich auch bei den Landtagswahlen zeigen.

Wenn aber die Hüttenpartei die Forderung des Freisinns erfüllt und auch selbst in den drei Städten für diesen eintritt, dann dürfte allerdings in diesem Wahlkreise der Sieg des liberalen Kandidaten über den des Zentrums ziemlich sicher sein. Denn wenn selbst die Stadt Beuthen eine kleine Mehrheit der Wahlmänner des Zentrums erbringen dürfte, werden die Städte Kattowitz und Königshütte jedenfalls eine größere Mehrheit für den Liberalen ergeben — immer unter der Voraussetzung, daß die Hüttenpartei mit ganzer Kraft für den Freisinn eintritt. Allein wird der oberschlesische Freisinn nirgendwo einen Erfolg erzielen können. Auf der anderen Seite brauchen auch die Hüttenparteiler in den beiden anderen Kreisen die Hilfe der Freisinnigen, um mit knapper Mehrheit wenigstens im Landkreise Kattowitz-Zabrze ihren Kandidaten durchzubringen, während ein Erfolg im Landkreise Beuthen-Tarnowitz wahrscheinlich ausgeschlossen ist, das Zentrum diesen Kreis wohl wieder zurückgewinnen dürfte. Gelang doch 1903 die Eroberung des ganzen Bezirks der Hüttenpartei nur mit 1120 gegen 1053 Zentrumsstimmen, also mit einer Mehrheit von nur 67 Wahlmannsstimmen. Wie die Dinge liegen, wird auch bei den nächsten Landtagswahlen in den Wahlkreisen des Industriebezirks die Entscheidung von wenigen Stimmen abhängen, auch im Städtebezirk. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die etwaige Beteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen hier angesehen werden. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterwähler wie die verhältnismäßige Schwäche der sozialdemokratischen Organisationen, polnischen wie deutschen, lassen eine allgemeine und wirksame Beteiligung der Sozialdemokratie hier nicht zu. Immerhin aber könnte auch eine teilweise Beteiligung, wenn sie die Gewinnung auch nur einiger Wahlmänner erzielen würde, der Sozialdemokratie bei den entscheidenden Abgeordnetenwahlen eine Bedeutung geben, die erheblich über ihre eigentliche Stärke hinaus gehen und nutzbar gemacht werden könnte, wenn nicht im Industriebezirk selbst, dann in anderen Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie auf die Unterstützung linksstehender bürgerlicher Parteien zu rechnen haben wird. Darüber werden die Parteigenossen im Bezirk jedenfalls noch ein Wort zu reden haben.

Wir hoffen, daß dieses Wort zu Gunsten einer Beteiligung ausfällt, die in den kleinen Wahlbezirken eher einen Teilerfolg verspricht, als etwa die Stadtverordnetenwahlen. Also heißt's auch für unsere oberschlesischen Genossen: An die Arbeit!

Das Vernichtungsurteil des Herrenhauses über Bülow.

Im preußischen Herrenhause wurde heute wiederum, man kann nicht sagen in zweiter Lesung, weil es eine so geordnete Geschäftsführung dort nicht gibt, über die Polenenteignungsvorlage debattiert. Mit unversöhnlicher Schroffheit standen die alt-eingesessenen Junker dem Gedanken gegenüber, daß irgend ein Junker polnischer Nation auf dem Enteignungswege von seiner väterlichen Scholle vertrieben werden könnte. Die Gefahr, daß später einmal gegen sie die gleichen Argumente angewendet werden könnten, schien ihnen allzu drohend, als daß sie sich auf das Experiment einlassen sollten, und der häßliche Untergedanke des Eigennutzes überwog all das sogenannte patriotische Empfinden, mit dem die preußischen Junker sonst protzen. Ihre unsympatischen Motive ändern aber nichts an der Tatsache, daß sie an der unglaublich törichten Polenpolitik des Fürsten Bülow eine vernichtende Kritik übten. Wenn der Kronprinz, der von der Hofloge aus den Verhandlungen beiwohnte, wie vor dem Moltke-Harden-Skandal mit seinem Herrn Vater Rücksprache über die Enteignungsvorlage und seine Eindrücke aus dem Herrenhause nehmen sollte, so kann er nur sagen, daß nicht einmal im Reichstage Bülow's Geschwätz so wirkungslos abgefallen ist, wie bei den Herren, die sich von dem jungen Fürstenadel des Blockreichskanzlers am allerwenigsten imponieren lassen. Von diesen Junkern könnten die biederen Freisinnigen noch eine ganze Menge politischen Mut lernen. Gleich der erste Redner aus dem Hause, der

---

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

72] (Nachdruck verboten.)

Der Gasconier war ein Arbeiter von Indret, der am Abend vorher wegen Trunkenheit entlassen worden. Neben ihm an demselben Tische saß ein Matrose oder vielmehr ein Schiffsjunge von sechszehn oder siebzehn Jahren, dessen bartloses und schon welkes Haupt, mit dem schlaffen, herabhängenden Munde, aus seinem breiten, blauen Halskragen mit einer nachlässigen Unverschämtheit hervorragte. Jack schloß sich dieser liebenswürdigen Gesellschaft an.

„Ah, Du Stockfisch, schwänzest Du auch einmal hinten herum?“ sagte der Gasconier mit jener geselligen Vertraulichkeit, welche die schlechten Arbeiter vereint. „Wie sich das trifft! Du sollst einen Rundtrank mit uns halten.“

Er nahm es an, und da gab es unter ihnen ein Ausbieten von Höflichkeiten und von Fläschchen in allen Farben. Der Schiffsjunge besonders gefiel Jack. Er trug sein hübsches Kostüm mit so prahlerischer und großsprecherischer Miene! Und dann so viel Sicherheit, so viel Kühnheit, ohne Furcht vor Gott und den Gensdarmen. Bei seiner Jugend hatte er schon zwei Mal die Reise um die Welt gemacht und sprach von den Javanesen und Java, als ob das gerade gegenüber, auf dem anderen Ufer der Loire gewesen wäre. Ah, wie gern hätte der Lehrling seine Trikotweste, seinen Leinwandskittel, seinen Rock gegen den Wachsleinwandhut, der so keck auf den kurzgeschorenen Kopf des Schiffsjungen gestülpt war und gegen diesen schlaffen Gürtel vertauscht, dessen Blau von der Sonne und dem Seewasser gebleicht war. Das ist doch wenigstens ein echtes Handwerk, voll von Abenteuern, Gefahren und unermeßlichem Raum. Und doch beklagte sich der Seemann darüber:

„Zu viel Brühe für so wenig Fleisch“, sagte er jeden Augenblick.

Jack war entzückt von dem Ausdruck und fand ihn außerordentlich geistreich:

„Zu viel Brühe, für so wenig Fleisch! Oh! diese Matrosen, welch' lustige Gesellen!“

„Ganz wie in Indret“, fügte der Gasconier hinzu. „Ist das eine Bude!“ Und er erging sich in Schmähungen gegen den Direktor und die Aufseher, Taugenichtse, welche die Arme übereinander legten, während man sich kreuzlahm für sie arbeitete.

„In der Tat ließ sich viel darüber sagen“, bemerkte Jack, dem plötzlich die banalen Phrasen des Sängers Labassindre in die Erinnerung kamen. Die Zunge war ihm diesen Morgen gelöst, dem alten Jack wie die Beine. Allgemach ließ seine Beredsamkeit all das Geschwätz der Schenke verstummen. Man lauschte ihm. Man flüsterte in seiner Nähe: „Der Bursch ist hübsch verschmitzt, man merkt gleich, daß er von Paris kommt.“ Nur eins fehlte ihm, um noch größere Wirkung zu erzielen: er hätte Labassindres tiefen Ton besitzen müssen und nicht diese Stimme eines heiseren jungen Hahnes, diese Stimme eines mannbaren Burschen, in welcher die lieblichen Klänge der Kindheit in frühzeitige Tiefe des Tones umschlugen, und welche ihm in diesem Augenblicke wie aus weiter Ferne kam, gleich als ob er seine Worte um mehrere Dunstkreise über seinem Haupte gerichtet hätte. Bald wurden seine Worte selbst für ihn so verwirrt, so undeutlich, daß er anfangs sich selbst nicht mehr hörte und dann ein Gefühl von Entschweben und Schaukeln empfand, als ob er sich im Verfolg seiner Gedanken und Worte in den Nachen eines Luftballons gestürzt hätte, dessen Bewegung ihm Uebelkeit erregte und ihn völlig betäubte.

— — — — Eine Empfindung von Kühle an der Stirn brachte ihn wieder zu sich selbst. Er saß am Ufer der Loire. Wie kam er dahin, neben diesem Matrosen, der ihm die Schläfe benetzte? Seine mühsam wieder geöffneten Augen flimmern in dem vollen Tageslicht; dann bemerkt er, gerade sich gegenüber, den Rauch des Hüttenwerkes und ganz in seiner Nähe einen Fischer, der in seinem Fahrzeug steht, das Segel aufhißt und sich zur Abfahrt rüstet.

„Nun? Geht es Dir etwas besser?“ fragte der Schiffsjunge, indem er sein Taschentuch ausrang.

„Ja, viel besser“, antwortete Jack frostklappernd und mit schwerem Kopfe.

„Gut denn, steig' ein!“

„Wie?“ fragte der Lehrling sehr erstaunt.

„Ja doch. Wir fahren nach Nantes. Erinnerst Du Dich denn nicht, daß Du soeben in der Schenke von diesem Schiffer ein Boot gemietet hast? Da kommt auch der Gasconier schon mit den Einkäufen zurück.“

„Den Einkäufen?“

„Da, Stockfisch, nimm Dein Geld zurück“, sagte der Schmied, beladen mit einem großen Korbe, aus dem der Kanten eines Brotes und Hälse von Flaschen hervorragten. „Hoch, steh auf! Vorwärts, Bursche! Der Wind ist günstig. In einer Stunde sind wir in Nantes, und dort werden wir erst ordentlich herumschwänzen.“

Jack erkannte in einer Minute mit vollster Deutlichkeit, was er zu tun im Begriff stand, und in welchem Strudel er umherwirbelte. Er hätte in die nahebei angetaute Barke des Fährmanns springen und nach Indret zurückkehren mögen, aber dazu hätte es einer Willenskraft bedurft, deren er nicht fähig war. —

„Komm' nur“, rief ihm der Schiffsjunge zu. „Du bist noch ein wenig bleich, aber das Frühstück wird Dich wieder auf die Beine bringen.“

Der Lehrling widerstand nicht länger und schiffte sich mit den übrigen ein. Es blieben ihm noch immerhin drei Louisdor, und mehr bedurfte er nicht, um einen Anzug für sich und ein kleines Andenken für Zenaïde zu kaufen. Seine Fahrt nach Nantes würde also nicht verloren sein. Ueberdies ließ ihn der Zustand, in welchem er sich befand, die entgegengesetztesten Eindrücke durchmachen und von der trübsten Traurigkeit zu einer unerklärlichen Zufriedenheit übergehen.

Augenblicklich sitzt er mit den übrigen im Hintergrunde des Fahrzeuges wohlgemut beim Frühstück, denn die scharfe und salzige Brise hat ihm Appetit gemacht, welche die Barke unter einem niedrigen, echt bretonischen Himmel dahingleiten ließ und sie seitwärts neigte, gleich wie ein Vogel mit einem Flügel das Wasser streift. Die Taue knarrten, das Segel bauschte allseitig auf, und die beiden Ufer entrollten, unter dem Geplätscher der Wellen, trauliche Uferlandschaften, Silhouetten von Fischern, Wäscherinnen und Hirten, deren Schafe auf dem abgemähten Grase von fern wie dicke Insekten erschienen. Jack sah all das, und seine aufgeregte Einbildungskraft schaute die ganzen Bilder der Umgebung in poetischer Verklärung. Er erinnerte sich aus seiner Lektüre an Erzählungen von Seeabenteuern und fernen Reisen, welche durch die Nachbarschaft des Schiffsjungen, durch das Begegnen der großen Schiffe, denen die Barke im Vorbeifahren auswich, wachgerufen wurden. Warum aber trat bei dieser Rückerinnerung eine englische Vignette mit einem alten Robinson Crusoe, die er in frühester Kindheit besessen, so hartnäckig vor seine Seele? Vergilbt und abgegriffen war das Blatt, und Robinson lag in einer Hängematte, eine Kanne mit Wachholderbeerbranntwein in der Hand, inmitten betrunkener Matrosen und der Trümmer des Schmauses, und darunter stand diese seit zehn Jahren unvergessene Inschrift: „Und in einer Nacht der Ausschweifung vergaß ich all' meine guten Vorsätze.“ Vielleicht gab es gegenwärtig auch hier leere, in der Barke umherrollende Flaschen, verschütteten Wein und Männer, die unter den Ueberbleibseln eines Gelages schlummerten. Jack wußte es nicht genau; aber der Flug der durch den Wind beunruhigten und um die Spitze des Segels kreisenden Möven vermehrte seine Vorstellung einer Seereise. Denn er hatte das Gesicht erhoben und sah nur den Himmel und die Flocken grauer Wölkchen, die unablässig einander über seinem Haupte jagten und mit so erdrückender Schnelle dahineilten, daß ihn allmählich der Schwindel ergriff.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlrechtskommission, Dr. v. Burgsdorf, derselbe, der seiner Zeit über die Bergarbeiternovellen ein so unglaubliches Referat erstattete, und seitdem im Herrenhause als Sachverständiger für alle Fragen gilt, erklärte die Polenpolitik der Regierung von allem Anfange an für inkonsequent und fehlerhaft. Graf Mirbach-Sorquitten, der geschworene Feind des Reichstagswahlrechts, wies nach, wie die großpolnische Bewegung mit jeder neuen Maßregel der Ansiedelungskommission an Kraft und Tiefe gewonnen hätte. Der Feldmarschall Graf Hülsen-Haeseler, der alte Militär, der gewohnt ist, Regierungsvorlagen als Befehle des Königs hinzunehmen, bäumte sich gegen dieses Gesetz als einen schnöden Verfassungsbruch und eine Schwächung von Deutschlands Wehrkraft an der Ostgrenze auf. Der Herr von Wedell wandte sich gegen die Willkür in den Einzelheiten der Vorlage, und der Graf v. d. Schulenburg drückte ihr den Stempel der Aussichtslosigkeit auf. — Die Verteidigung seitens der Regierung war mehr wie schwach. Der Landwirtschaftsminister ging davon aus, daß noch nie ein Volk seine Nationalität freiwillig oder unter Zwang aufgegeben hätte, und sagte ganz treffend, daß die Polen das jetzt am wenigsten tun würden, wo sie sich in schwerer Mühe allmählich zu höherer Kultur hinaufgearbeitet hätten. Diese Hilfslosigkeit gegenüber einer mächtigen Kulturbewegung und dem nationalen Gedanken einzusehen und dann gleichwohl dieses Polenenteignungsgesetz zu verteidigen, dazu gehört die Logik eines v. Arnim. Fürst Bülow selbst suchte nur durch Scharfmacherei gegen das Ausland von dem eigentlichen Streitgegenstande abzulenken. Weil die ganze Kulturwelt empört ist über diesen Rückfall Preußens in die Barbarei der Ausrottungsjagd gegen ein Volk, empfahl er sie erst recht fortzusetzen, um dem Auslande Deutschlands Stärke zu zeigen. Schließlich redete Krupps künftiger Komnis, der Freiherr v. Rheinbaben, ein paar Worte über die nationale Bedeutung der Ostmarken. — So blieb es den freisinnigen Oberbürgermeistern von Frankfurt und Posen und dem Vertreter der deutschen Wissenschaft, der großen Universitätsleuchte Schmoller, namens der Professorenfraktion überlassen, für die Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und sie bemühten sich nach Kräften, den vollgiltigen Beweis für den Tiefstand des deutschen Bürgertums und der bürgerlichen Wissenschaft zu erbringen. — Das Schicksal der Vorlage, die morgen weiterberaten wird, ist noch ganz ungewiß.

Politische Uebersicht.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Die Machthaber sind stets darauf bedacht gewesen, in den Massen der Beherrschten Gegensätze zu wecken, sie zu teilen, um sie sicherer niederhalten zu können. Daraus ergibt sich, daß die Unterdrückten eine solche Taktik zu schanden machen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Schlägt man zur Zeit reaktionäre Organe wie die „Kreuzzeitung", die „Tägliche Rundschau" oder die „Hamburger Nachrichten" auf, dann stößt man auf Artikel und Notizen, durch die alle an der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen interessierten Volksschichten gegeneinander gehetzt werden sollen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Reaktionären mit ihrem durchsichtigen Treiben Erfolg haben sollten, denn dadurch würde die Umgestaltung der Dinge in Preußen auf unabsehbare Zeit verzögert.

Die Einführung des Reichstagswahlrechts an Stelle der Dreiklassenschande in Preußen ist keine Angelegenheit einer einzigen Klasse, sie ist die Sache der Vorwärtsstrebenden gegen die Rückschrittler, der Denkenden gegen die Finsterlinge, der städtischen Bevölkerung gegen die Agrarier, der Demokratie gegen die Bureaukratie, der Bauernschaften gegen die Gutsbezirke, Westelbiens gegen Ostelbien, kurzum eine Sache, die in allen Teilen der Bevölkerung Parteiungen hervorrufen muß und hervorgerufen hat. Es kommt jetzt darauf an, die Freunde der Umgestaltung — was sonst immer sie auch trennen mag — in diesem Punkte zusammenzuführen. Ob dies gelingt oder nicht gelingt, ist entscheidend für den preußischen Wahlrechtskampf. Das ist der Sinn der bekannten Aeußerung Singers, daß die Arbeiterschaft in ihrem Wahlrechtskampfe jede ehrliche Hilfe gerne annehmen werde.

Im preußischen Wahlrechtskampfe fällt der Arbeiterschaft die Rolle des Vorfechters zu; von ihrer Energie, von ihrer Geschicklichkeit und Klugheit hängt das meiste ab. Aber es ist eine falsche Auffassung, die Arbeiterschaft allein könne ein gerechtes Wahlrecht in Preußen erringen; sie hat es auch in Bayern, in Württemberg, in Baden, in Oesterreich nicht allein errungen, sondern sich der Unterstützung anderer Volkskräfte zu versichern verstanden und dadurch ihre Erfolge erreicht.

Man könnte vielleicht einwenden, aus agitatorischen Gründen rechtfertige sich diese Behauptung, der Wahlrechtskampf sei eine Sache allein der Arbeiterschaft. Aber das ist nicht haltbar. Provagandistische Erfolge hat auf die Länge der Zeit nur eine siegreich vorwärtsdringende Partei; im preußischen Wahlrechtskampf wird aber die Sozialdemokratie nur siegreich sein, wenn es ihr gelingt, alle interessierten Kräfte des Volkes zu wecken und in den Dienst dieser Bewegung zu stellen.

Und wenn wir unsere Agitation auch zu dem Zwecke führen, die anderen Parteien vorwärts zu drängen, so setzt das natürlich voraus, daß in ihren Reihen sich noch zahllose Elemente befinden, die ein Interesse am Reichstagswahlrecht haben und dieses ihr Interesse muß ihnen immer wieder vor Augen geführt werden.

Das Vereinsgesetz vor der Entscheidung. Am Donnerstag muß sich die Vereinsgesetz-Kommission des Reichstages nach langem Hängen und Würgen schließlich doch an die Beratung jenes immer wieder zurückgestellten § 7 heranwagen, der den nichtdeutschen Angehörigen des Reiches, wie den fremdsprachigen Ausländern das Versammlungsrecht nehmen soll. Das „Berliner Tageblatt" hat am Mittwoch Morgen berichten können, daß der Freisinn nunmehr in diesem Punkte zum Umfall bereit sei; nur soll der Umfall dadurch ein wenig maskiert werden, daß die Regelung der Sprachenfrage aus dem Reichsvereinsgesetze ausgeschaltet und der Landesgesetzgebung übertragen werden solle.

Diese beabsichtigte Lösung des Problems ist hundertmal schlimmer, als der § 7 selbst. Würde der Reichstag diesen Paragraphen annehmen, so würden immerhin vielleicht für den Schutz des Koalitionsrechts und der Versammlungsfreiheit nichtdeutschen Wählern zu Wahlzeiten gewisse dürftige Vorkehrungen getroffen werden können. Kriegt aber der preußische Landtag die Sache in die Hand, dann kann man sicher sein, daß er ganze Arbeit machen wird, und in diesem Punkte wird auch die Hakatistenpolitik keinem Widerstande im Herrenhause begegnen, da doch hierbei grundbesitzerliche Interessen nicht in Frage kommen. Ganz im Gegenteil wird man die Regierung auf diesem Felde in ausgiebigster Weise entschädigen wollen für das, was man ihr auf dem Gebiete der Enteignungspolitik vorenthalten hat.

Die Abschiebung des § 7 auf die Landesgesetzgebung würde darnach garnichts anderes bedeuten, als daß diese gehässige volks- und arbeiterfeindliche Ausnahmebestimmung ohne jede Milderung in ihrer allerschlimmsten Fassung Gesetz wird. Dazu will sich, wenn das „Berliner Tageblatt" recht unterrichtet ist, der Freisinn hergeben, weil er nicht den letzten Kahn seiner Blockpolitik scheitern lassen will.

Auch der § 4 des Gesetzes, der in der Kommissionsfassung nur für solche Versammlungen unter freiem Himmel Genehmigung fordert, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen abgehalten werden sollen, wird voraussichtlich mit Hilfe des Freisinns wieder in reaktionärem Sinne revidiert werden.

Und das alles soll geschehen, nur damit sich der Müller-Meiningen'sche Blockfreisinn mit Erfolgen rühmen kann, die in Wirklichkeit keine sind.

Ungiltige Wahlen. Im Reichstage wurde am Mittwoch zunächst der Justizetat erledigt. Beim Kapitel „Reichsgericht" wies Genosse Stadthagen nach, daß die sogenannte Unabhängigkeit der Richter auf dem Papiere sich entschieden besser ausnimmt, als in der Wirklichkeit. Solange die Beförderung der Richter in der Hand der Verwaltung liegt, wird die Rechtspflege stets politischen Einflüssen unterliegen. Der Fall Liebknecht beweist das mit einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Es folgen Wahlprüfungen. Im Meiningischen Kreise Sonneberg ist der freisinnige Blockbruder Enders mit einer winzigen Mehrheit gewählt worden, zu deren Erzielung eine Reihe Ortsschulzen in ihrer Amtseigenschaft dem Hottentottenkartell zu Hilfe geeilt sind. Bisher hat dieser Umstand genügt, um den Reichstag zur Kassierung der betreffenden Wahl zu veranlassen. So wurde einstmals die Wahl des Landrats Hollenffer in Löwenberg kassiert, wodurch Herrn Kopsch der Einzug ins Parlament eröffnet wurde. Inzwischen aber hat der Freisinn umgelernt und Herr Mugdan am Block das Messer gewetzt, mit dem er abschnitt, was etwa noch übrig ist vom Rest freisinniger Männlichkeit. Schulter an Schulter mit Herrn Raab und Herrn v. Oertzen focht Arendts Mitchrist und Liebermanns Ordensbruder Mugdan und der von einem konservativen Redner freigebig in Ermangelung des Ordensbandes mit einem Doktordiplom geschmückte Rektor Kopsch für die Giltigkeitserklärung der Sonneberger Wahl. Die Genossen Fischer-Berlin und Geyer rieben dem Freisinn seinen Prinzipienverrat mit dem gehörigen Nachdruck unter die Nase. Aber der Freisinn ist abgebrüht, wie Herr Mugdan selbst zugestand. Der Vertreter, den die mugdanesische Hilfsschar des Junkertums im Präsidium hat, der blamierte Ordnungsrufer Kaempf ist seiner Fraktion würdig. Unter dem Vorgeben der Taubheit vereitelte er eine namentliche Abstimmung und so wurde denn der Kommissionsantrag auf Beweiserhebung über eine Wahl angenommen, die nach einer 30jährigen Praxis schlankweg hätte kassiert werden müssen. Es hieße diese Blockgesellschaft falsch einschätzen, wollte man den geringsten Zweifel hegen, daß die Beweiserhebung nur das Vorspiel zur Giltigkeitserklärung sei und der Freisinn, vom Fürsten Bülow mit Fußtritten heimgeschickt, als er schüchtern freisinnige Grundsätze zu vertreten suchte, bei eine Anweisung auf amtliche Wahlbeeinflussung zu seinen Gunsten erhalten, wo immer er dem Ordnungsbrei einen Kandidaten liefert. Wie Abraham den Isaak, hat der Freisinn unter Mugdans Führung den letzten Rest seiner Prinzipien auf dem Blockaltar geopfert, und Herr Raab, der Judenschmorer, ist so gerührt über diese Opfer, daß er sozialdemokratische Abgeordnete wegen harmloser Witze dem Zentralverband jüdischer Mitbürger als Antisemiten denunziert.

Am Donnerstag steht der kleine Befähigungsnachweis und die Vorlage über die Herstellung von Zigarren in der Heimindustrie zur Beratung.

Dernburgs scharfe Kritik der bisherigen Kolonialwirtschaft hat den heftigsten Zorn gerade jener Gruppen hervorgerufen, die vor einem Jahre den jetzt amtierenden Kolonialsekretär als Retter begrüßten. Die „Rhein.-Westf. Zeitung", die „Hamburger Nachrichten", die „Tägliche Rundschau" und ähnliche Blätter holen alle alte Phrasen aus der vorjährigen Wahlagitation hervor, um sie Herrn Dernburg an den Kopf zu werfen. Beispielsweise schreibt das erstgenannte Blatt:

Wozu hat Deutschland Kolonialpolitik getrieben? Um einige Millionen Bantus, Hottentotten, Massais als Brüder und Volksgenossen zur Besserung seiner Rasse zu erwerben? Wozu sind alle die Pioniere nach Afrika gezogen, wozu haben in Südwest an 2000 Deutsche ihr Leben gelassen? Um die lieben sittsamen Hereros vor den niederträchtigen weißen Händlern zu retten? Wofür verwalten wir seit 20 Jahren unsere Schutzgebiete? Damit demnächst Neger, Panas, Indier und andere minderwertige Völker unsern Pflanzern und Beamten vor Gericht als gleichwertig gegenübertreten? Wozu hat das deutsche Volk die hunderte von Millionen für Kolonien ausgegeben? Daß Indier und Griechen dort Geschäfte machen und der Deutsche schikaniert wird? Die Frage stellen heißt sie verneinen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung" faßt ihr Urteil dahin zusammen:

So lehnen wir die Dernburgsche Negerbeglückung ebenso ab, wie sein ganzes Programm. Es muß festgehalten werden an den alten Grundlagen unserer Politik, die darauf ausgeht, den Weißen als Sauerteig in den schwarzen Brei hineinzubringen. Wir können nicht 200 Jahre warten, bis nach Dernburg die Neger durch vorsichtige Arbeit des Gouvernement uns nahegebracht sind. Sie müssen mit beiden Füßen in das Neue, was die Kultur bringt, hinein, und die Leute finden sich sehr gut damit ab.

„Kultur" heißt in Oertels Sprachgebrauch Sklaverei der schwarzen Landarbeiter drüben, der weißen hüben. Die sittliche Entrüstung derer, die für ihren Profit fürchten, ist allgemein. In ähnlichem Tone fielen die kolonialkapitalistischen Redner der Budgetkommission über den einst so gefeierten Dernburg her.

Wem gehört das deutsche Vaterland? Dem Bauern oder dem Junker? In Mecklenburg sind nach dem neuesten Staatskalender 639 Gutsbesitzer und 1023 Besitzungen, darunter 364 Lehngüter, 582 Allode, 2 dem Ministerium des Innern gehörig und 75 Kammer- und Haushaltsgüter vorhanden. Von den Hauptgütern gehören 77 der Landesherrschaft, 2 dem Ministerium des Innern, fünf fürstliche Besitzer haben **23** Hauptgüter, **47** gräfliche **102** Hauptgüter, **233** freiherrliche und adelige **326** Hauptgüter, 2 adelige und bürgerliche **2** Hauptgüter, 321 bürgerliche 361 Hauptgüter, 10 geistliche Stiftungen **85** Hauptgüter, 13 „weltliche" Korporationen 39 Hauptgüter und 6 Bauerschaften 6 Hauptgüter.

Der Großgrundbesitz ist Trumpf in Mecklenburg, so sehr, daß selbst der Großherzog von ihm abhängig ist. Die mecklenburgischen Junker haben es verstanden, das Vaterland mit Haus und Hof in ihre Tasche zu stecken. Die anderen mögen sich begnügen, darauf zu arbeiten und dasselbe zu verteidigen.

Der Seniorenkonvent des Reichstages einigte sich dahin, daß, wenn es gelingt, die notwendigen Arbeiten bis dahin zu erledigen, im Mai eine Vertagung bis zum Herbst erfolgen soll. Am 10. April beginnen die Osterferien. Bis dahin soll außer den gewerblichen Vorlagen, die, abgesehen vom kleinen Befähigungsnachweis, in einer Generaldebatte zusammen behandelt werden, noch der Versicherungsantrag verabschiedet und die Angelegenheit der Schiffahrtsabgaben erledigt werden, wozu bekanntlich die Beantwortung der Interpellation noch aussteht. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern soll kontingentiert werden.

Kleine Amnestie. König Wilhelm II. von Württemberg hat anläßlich seines gestrigen 60. Geburtsfestes 34 Strafgefangene der württembergischen Gefängnisse begnadigt.

Schutz der Immunität. Die bayerische Abgeordnetenkammer hat den sozialdemokratischen Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, dem gegenwärtigen Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Einleitung oder Fortsetzung einer Strafverfolgung gegen ein Landtagsmitglied während der Dauer der Session ohne Genehmigung der Kammer verhindert. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung.

Ein Fürst, der die Volksrechte erhalten will. Bei einer Galatafel, zu der Vertreter des Landtags und Vertreter der Regierung Einladungen erhalten hatten, nahm Fürst Leopold zu Lippe Veranlassung zu einer längeren Rede, in der er auf eine gewisse Mißstimmung in Lippe hinwies. In seinem Trinkspruch sagte er u. a.: Es habe ihn schmerzlich berührt, daß sich anläßlich der Einweihung des Denkmals für seinen Vater, den Grafregenten Ernst, Mißverständnisse entwickeln konnten, die ihm die reine Erinnerung an jene wertvollen Stunden trübten. Er, der Fürst, lege Gewicht darauf, vor den Vertretern des Landes festzustellen, daß niemals mit seinem Willen und Wissen die Volksrechte geschmälert worden seien oder würden. Zum Schluß sprach der Fürst die Hoffnung auf ein gedeihliches gemeinschaftliches Arbeiten von Regierung und Volksvertretung aus.

Ein Bekenntnis, das anderwärts auch notwendig wäre!

Wieder eine Maßregelung. Das Konsistorium für die Provinz Hannover hat den Pfarrer Dr. Pfannkuche, der schon früher einen ähnlichen Konflikt gehabt hat, durch strengen Verweis gemaßregelt, weil er im Osnabrücker Lehrerverein einen Vortrag über die neuesten Forschungen zu den historischen Begebenheiten des Alten Testaments gehalten hat. Der gemaßregelte Pfarrer hat Beschwerde beim Oberkonsistorium eingelegt.

„Weißt du, wieviel Sternlein stehen — manchem Lumpen an der Brust", hatten mehrere Teilnehmer einer aufgelösten Versammlung im September vorigen Jahres in Treptow gesungen. Die beiden Gendarmen, welche die Versammlung aufgelöst hatten, fühlten sich durch den Gesang beleidigt und erzielten damit auch, daß zwei der Sänger zu zwei und drei Wochen Gefängnis verurteilt wurden. Durch Berufung an die Strafkammer in Brandenburg wurde jedoch dieses Urteil bedeutend gemildert und in Geldstrafe von 75 und 50 Mk. umgewandelt.

Ein Zivilist, der gegenüber dem Schutzmann Recht bekam. Dem Schriftsteller Karl Böttcher, dem Opfer des bekannten Wiesbadener Polizeiattentats vom 26. Oktober 1906, ist endlich die von ihm geforderte Genugtuung zuteil geworden. In einem Schreiben an ihn hat der Minister des Inneren v. Moltke „in Uebereinstimmung mit dem Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten zu Wiesbaden" ihm sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er in jener Nacht ohne begründeten Anlaß festgenommen worden sei, und Herrn Böttcher gleichzeitig mitgeteilt, daß der schuldige Schutzmann disziplinarisch bestraft worden sei. — Es hat freilich viel Mühe gekostet, ehe das erreicht wurde.

Oldenburgs Ausschluß von den Reichsangelegenheiten. Aus Oldenburg wird vom 24. Februar gemeldet:

Zu einer überraschenden Enthüllung führten die Verhandlungen der letzten Vollversammlung der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg. Der den Verhandlungen beiwohnende Vertreter der Staatsregierung, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Driver, mußte die beschämende Mitteilung machen, daß der oldenburgischen Staatsregierung die Vorlagen für den Bundesrat nicht einmal in ihren Grundzügen vorher bekannt gegeben werden, sondern daß sie viel mehr erst Kenntnis davon zu bekommen pflegt, wenn der Bundesrat sie veröffentlicht. Weder über die grundlegenden Fragen des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung noch über die des Gesetzentwurfes betreffend die Errichtung der Arbeitskammern sei die oldenburgische Regierung vorher gehört worden. Der Regierungsvertreter erklärt weiter, das Staatsministerium habe in Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzleramtes gefordert, daß ihm in allen Fällen vor Einbringung der Vorlagen Gelegenheit zu einer Aeußerung und zur Beibringung des erforderlichen Materials gegeben werde. Eine Antwort darauf habe das Staatsministerium aber bis jetzt noch nicht erhalten. Aus diesem Grunde sei es der Regierung nicht möglich gewesen, der Handelskammer rechtzeitig von den Gesetzentwürfen Kenntnis zu geben und sie zu Aeußerungen zu ersuchen.

So achtet Preußen die föderativen Grundlagen des Reiches einer Regierung gegenüber, die sich in Berlin durch gelegentliche liberale Anwandlungen verdächtig gemacht hat. Oldenburg führt ein dem Reichstagswahlrecht ähnliches Landtagswahlrecht ein; der preußische Dreiklassenstaat entzieht ihm dafür die reichsamtlichen Akten. Das ist die Rache des Bureaukraten.

Daß die kleinen Staaten im Bundesrat nichts zu sagen haben, ist freilich eine alte Erfahrung; schon der badische Finanzminister Buchenberger hat darüber geklagt. Aber die förmliche Ausschließung eines Bundesstaates aus dem Reiche scheint doch immerhin ein neues Mittel der preußischen Exekutive zu sein. Werden sich die Bundesstaaten diese antinationale Arroganz des Preußen Bülow gefallen lassen?

Ausland.

Budapester Wohnungselend. Aus Budapest schreibt man vom 24. d. Mts.: In der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft hielt der Krankenkassenarzt Dr. Max Brod einen Vortrag über das Wohnungselend in Budapest, der scheußliche Zustände enthüllte. Der Vortragende hat 1904 Proletarierbehausungen untersucht und über den Jahreserwerb seiner Patienten, über Wohnungsmiete, Krankheit, die Zahl der Zimmer und der Betten 2c. Aufzeichnungen gemacht. Mehr als 15 Prozent des Einkommens, führte Dr. Brod aus, sollte unter normalen Verhältnissen niemand für seine Wohnung ausgeben müssen, bei den Budapester Arbeitern aber verschlingt die Miete mehr als das Doppelte dieses Satzes. Den Arbeiterinnen und ungelernten Arbeitern verbleiben nach Entrichtung der Miete in der Regel kaum mehr als 80 Heller täglich für ihre übrigen Bedürfnisse, Mühlenarbeitern, Schuhmachern, Faßbindern 2c. weniger als 2 Kronen. Dabei schlafen nur 53 Prozent in eigenen Betten, die übrigen 47 Prozent liegen auf Strohsäcken oder gar nur auf der nackten Diele; sehr viele schlafen zu dritt, sogar zu viert in einem Bette. Dr. Brod fand eine Arbeiterin, die unmittelbar nach ihrer Entbindung ihr Bett mit einer Fremden teilen mußte. Daß unter solchen Umständen die bescheidensten Anforderungen der Wohnungshygiene unberücksichtigt bleiben, liegt auf der Hand; anstatt des Minimums von 20 Kubikmetern Luft für jede Person (in Frankreich werden auf den gesunden Sträfling 30 Kubikmeter Luft, auf den kranken 45 gerechnet) kommen in den Budapester Proletarierbehausungen oft genug kaum fünf Kubikmeter Luft auf einen erwachsenen Menschen; von der Anforderung, daß jede Familie über ein Schlaf- und ein Wohnzimmer verfüge, ganz zu schweigen. Der Vortragende enthüllte furchtbare Bilder des Wohnungselends und dessen Folgeerscheinungen: physische Degenerierung, moralischer Verfall und vollständige Vertierung der Insassen solcher Behausungen, und erklärte, daß eine gründliche Lösung der Wohnungsfrage nur von der Vergesellschaftlichung von Grund und Boden zu erwarten sei. Zur Linderung des Uebels aber sei das allgemeine Wahlrecht für die Stadtvertretung unerläßlich, um die geeigneten Personen auf die verantwortungsvollen Posten der Gemeinde-Verwaltung zu bringen.

* * *

Zwischen Italien und der Türkei ist ein ernster Konflikt ausgebrochen. Ein italienisches Konsortium unter Führung der Banca Commerciale hatte vor einigen Monaten in dem Kohlenbecken von Herkalea von dem bisherigen Besitzer umfangreiche Kohlenfelder erworben. Dieser Kohlenstrich, genannt Kube, scheint ein besonders reiches und gutes Material zu bergen. Das französische Syndikat, welches alle Konzessionen von Heraklea unter einen Hut zu bringen trachtet, hatte bei ähnlichen Verhandlungen keinen Erfolg gehabt. Nachdem die Italiener im Juni die Ausbeutung begonnen hatten, mußten einige Zeit darauf die italienischen Ingenieure auf Befehl der dortigen Behörde Kube räumen und sämtliche Arbeiter die Arbeit niederlegen. Die Behörden weigern sich ferner, alle für Kuba bestimmten Materialien und Maschinen im Hafen von Heraklit landen zu lassen. Da die bisherigen italienischen Reklamationen nicht zu dem erwünschten Ziele führten, so dürfte eine sehr ernste diplomatische Aktion Italiens unmittelbar bevorstehen.

* * *

Das Frauenwahlrecht in Dänemark gesichert. Der Landsthing nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts mit 32 gegen 29 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen an.

* * *

Nasis Enttäuschung. Die bisher aus Sizilien eingetroffenen Meldungen beweisen, daß die Anstrengungen der Anhänger Nasis, eine große Volksbewegung ins Werk zu setzen, gescheitert sind. Außer unbedeutenden Unruhen in Palermo und Trapani sind Zwischenfälle nirgends zu verzeichnen. Die Tatsache, daß Nasi, der auf tausende von Sympathietelegrammen gerechnet hatte, deren nur 150 erhielt, hat den Exminister niedergedrückt. — Die Regierung hat beschlossen, wegen der skandalösen Enthüllungen, die der Prozeß gebracht hat, eine Untersuchung über die Verwaltung des Ministeriums für öffentlichen Unterricht einzuleiten.

* * *

Die Arbeitslosigkeit in New York. Auch von Amerika und speziell in New York, waren von der Bourgeoisie die von berufener Seite angegebenen Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit angezweifelt worden. Es ist begreiflich, daß die Lobredner und Verfechter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nicht gern an die unangenehmen Folgen derselben erinnert sein mögen und daß sie sich deshalb bemühen, diese möglichst harmlos erscheinen zu lassen.

Jetzt wird aber von ganz einwandfreier Seite bestätigt, daß das Elend der Arbeitslosigkeit in New York einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Das soeben herausgegebene Bulletin des Arbeitsamtes teilt mit, daß bereits Ende Dezember von 66.120 Mitgliedern der 92 an das Amt berichtenden Arbeiterorganisationen 22.627 oder 34,2 Prozent beschäftigungslos waren. Nun beteiligen sich aber lange nicht alle Oganisationen an den Berichten an das Arbeitsamt. Wurden doch schon Ende September (nach derselben Quelle) im ganzen Staate New York allerdings nicht weniger denn 437.092 organisierte Arbeiter gezählt; davon entfallen zirka 300.000 auf die City New York. War bei denjenigen Trade Unions, die sich an den Erhebungen beteiligten, der Prozentsatz der Arbeitslosen ein Drittel, so betrug er bei den übrigen gewiß nicht weniger, und das wären etwa 100.000.

Damit überein stimmt eine Zählung, welche das Blatt „Charities" in systematischer Weise ausgeführt hat. Dieses stellt fest, daß um die Jahreswende nicht weniger denn 90.000 Union-Leute außer Beschäftigung waren. Hierzu kommt aber die große Zahl der Unorganisierten, die im Winter in Massen nach der Großstadt strömen; sie wird auf 30.000 geschätzt. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen noch lange nicht erschöpft. Es folgt die Masse der Stellungslosen aus den sogenannten besseren Ständen. Kaufleute, Stenographen (männlich und weiblich), ferner die Dienstboten, die jetzt in großer Zahl entlassen wurden. Man wird nicht fehlgehen, die Zahl der Arbeitslosen auf insgesamt 150.000 zu schätzen. Mit anderen Worten, es sind in dieser einen Weltstadt zur Zeit mit Frauen und Kindern zusammen zirka 500.000 Menschen vorhanden, die zum Teil im tiefsten Elend sich befinden, oder sich doch knapp am Rande desselben zu erhalten vermögen. Teils zehren sie ihre geringen Ersparnisse auf, teils leben sie vom Kredit, den ihnen der Bäcker, Schlächter, Krämer und der Hauswirt notgedrungen einräumen müssen. Sie alle aber leben in Dürftigkeit und Not.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Die militärischen Repräsentanten der **Vereinigten Staaten** begründeten in der Kommission des Parlaments, ein Gesetz, das alle Asiaten mit Einschluß der Japaner ausschließen soll.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar.

Transportarbeiter von Ostwitz. Sonntag, den 1. März, Vormittags 9½ Uhr, bei Knabe: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder. Um recht pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Rammer und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 1. März, Vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 1: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Von Sonntag, den 1. März an, wird wieder mit dem Kassieren der Beiträge begonnen. Die Lokale sind dieselben wie voriges Jahr. Daselbst werden die Beiträge von 9—11 Uhr entgegengenommen.

Der Vorstand.

Achtung, Bauarbeiter! Den Mitgliedern des Bezirks 18 (Bohrauer Tor) zur Kenntnis, daß die Zahlabende nach wie vor Sonnabends von 8—10 Uhr im Lokale von Kipke, Sedanstraße 80, stattfinden. Die Ortsverwaltung.

* **Im Stadttheater** wird Offenbachs phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen Donnerstag wiederholt. Freitag Beethovens Oper „Fidelio". Sonnabend Redoute. Sonntag „Tiefland".

* **Im Lobetheater** Donnerstag und Freitag „Ein Walzertraum". Sonnabend und Sonntag „Panne". Die Direktion hat das Drama „Toleranz" von Hermann Kroll zur Aufführung angenommen.

* **Im Thalia-Theater** gelangt Sonntag Sidney Jones Operette „Die Geisha" zur Aufführung. — Als sechste Volksvorstellung der laufenden Reihe wird Donnerstag „Der Biberpelz" aufgeführt.

* **Schauspielhaus.** Heute Donnerstag, zum 11. Male: „Der Prinzpapa". Freitag: „Nathan der Weise". Sonnabend Abend: „Der Prinzpapa", Nachmittags 3½ Uhr wird Lessings „Nathan der Weise" nochmals als Schüler-Vorstellung aufgeführt. Der Eintrittspreis ist nur für Schüler ermäßigt. Erwachsene zahlen den vollen Abendpreis.

* **Liebichs Etablissement.** Rob. Steidl und die Parodistin Lene Land sind auch für das neue Märzprogramm, das am Sonntag, den 1. März, beginnt, verpflichtet worden. Sie werden im kommenden Monat neben ihrem neuen Solo-Repertoire mit einer komischen Duett-Szene aufwarten.

* **Viktoria-Theater.** Vom Sonntag, den 1. März, ab wird der bekannte „König der Boheme" Danny Gürtler ein kurzes Gastspiel absolvieren. Außerdem wird in dem neuen Programm u. a. der Dompteur Richard Havemann mit seiner Raubtiergruppe auftreten.

† **Grober Unfug.** Am 27. d. Mts., Morgens, wurde ein Feuermelder auf der Schießwerderstraße zwecklos abgezogen. Durch anscheinend denselben Burschen ist der Melder bereits am 19. dieses Monats abgezogen worden.

† **Balkenbrand.** In der Nacht zum 26. d. Mts. kam in einer Wohnung Gabitzstraße 45 ein Balkenbrand anscheinend infolge mangelhafter Schornsteinanlage zum Ausbruch. Die Feuerwehr mußte den Küchenofen vollständig niederlegen, um die glimmenden Balken löschen zu können.

† **Ueberfall.** Am 25. d. M., Nachmittags, ging ein Handlungsgehilfe von der Gräbschenerstraße mit 5 Flaschen Wein nach der Viktoriastraße. Bei der Bahnunterführung bei der Götzenstraße fielen drei 18jährige Rowdies über ihn her, mißhandelten ihn und raubten ihm eine Flasche Wein.

† **Ein Geisteskranker?** Am 26. d. M. Nachmittags lockte in der Scheitniger Vorstadt ein Arbeiter ein 7 Jahre altes Mädchen in einen Keller und bedrohte es mit einem großen Fleischermesser. Dem Mädchen gelang es aber, dem Wüstling zu entweichen. Dieser flüchtete, wurde aber auf der Paulstraße gestellt. Hier entspann sich mit ihm ein verzweifelter Kampf, bis es gelang, ihm das Messer zu entreißen. Auf der Wache mußte der Rasende, der jede Auskunft verweigerte, gefesselt werden.

† **Diebstähle.** Einem Dienstmädchen wurde ein goldenes Kreuz mit Kette, zwei Ringe, ein Paar Ohrringe und zwei Beinkleider gestohlen. — Ferner wurde ein goldener Damenring, starker Reif mit zwei à jour gefaßten, schräg nebeneinandersitzenden Brillanten im Wert von 400 Mk., ein goldener Damenring mit einem roten und einem weißen Stein und eine goldene Halskette gestohlen. Der Käufer melde sich im Zimmer 62 des Polizeipräsidiums.

† **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. M. 40 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein grünes Handtäschchen, eine braune Pelzboa und ein Damenschirm. — Abhanden kamen: eine goldene Damenuhr, ein schwarzes Damenhandtäschchen und ein Dienstbuch.

Aus Schlesien und Posen.

—r. **Waldenburg,** 25. Februar. Der Bock vor dem Spiegel. An dies Geschichtlein aus der Lesefibel erinnert uns der „Feierabend" in seiner neuesten Nummer. Er bestätigt uns aber auch die Richtigkeit unserer Charakteristik, die wir von den Reichsverbandskämpen und ihrer kleinlich-persönlichen Art in der Dienstag-Nummer der „Volkswacht" gaben. Diesmal reiben sich die Klatschbasen des „Feierabend" am Genossen Tholl, dem sie die Schuld dafür aufbürden, daß der Staat die Volksschule nicht besser ausgestaltet, sondern die allernotwendigsten Kenntnisse als ausreichend für die Arbeiterkinder erachtet. Tholl soll nach dem „Feierabend" nicht richtig orthographisch schreiben können und wird dafür als dumm und ungebildet hingestellt. Und gerade der „Feierabend" hätte alle Ursache, etwas zurückhaltender in der Kritik der Orthographie anderer Leute zu sein. Der eine seiner ständigen Mitarbeiter ist Herr Ermert; dieser hat aber selbst schon große Böcklein geschossen, die denen des Genossen Tholl mindestens ebenbürtig waren. So benachrichtigte Ermert den „Vorwärts", daß er nicht mehr „Sekretär" des Reichsverbandes, sondern „Sekretär" der reichstreuen Vereine sei. Wenn das einem Manne passiert, der die München-Gladbacher Dressuranstalt absolvierte und schon an leitender Stelle stand, als Tholl noch lange die Kohlenhacke führte, dann muß man sich tatsächlich über den Mut wundern, mit dem er über andere billige Witze reißen will. Und noch etwas fällt in dem Artikel „Der Klassenerste" in die Augen: die Sorgfalt, mit welcher der Name des Bergarbeiters verschwiegen wird, der Tholls Schreiben dem „Feierabend" auslieferte. So viel Zartgefühl sind wir beim „Feierabend" gar nicht gewohnt, hat dieses saubere Blatt doch erst vor kurzer Zeit die Namen einer ganzen Reihe Metallarbeiter veröffentlicht, von denen drei Mann auf Grund dieser schäbigen Denunziation aus der Arbeit entlassen — gemaßregelt wurden. So ladet die Schreiberhorde des „Feierabend" Schuld um Schuld auf ihren Rücken und wundert sich dann noch, wenn sie aus Arbeiterversammlungen gleich räudigen Hunden hinausgejagt wird.

Neueste Nachrichten.

Rücktritt Hervés.

Paris, 17. Februar. (H. T.-B.) Der antimilitaristische Führer Professor Herve ist von seinem Posten als Mitglied des Verwaltungsrats der sozialdemokratischen Partei zurückgetreten und begründet in einem Briefe diesen Schritt nicht nur mit der Unmöglichkeit, während seiner einjährigen Gefängnisstrafe sein Amt ausüben zu können, sondern auch, weil es nach seiner Auffassung nötig sei, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates jedes Jahr erneuert werden.

Englands Aktion in Mazedonien.

Wien, 27. Februar. (H. T.-B.) Die hiesige Presse bespricht eingehend die Debatten über die mazedonische Frage im englischen Parlament und vertritt die Ansicht, daß das angekündigte aktive Eingreifen Englands in die Balkanpolitik zu einer Teilung des Mächtekonzerts in Konstantinopel und einer Aufrollung der türkischen Frage führen müsse.

Der „demokratische" Ausspruch.

Wien, 27. Februar. Auf dem zu Ehren der Delegation gegebenen Hofdiner sagte der Kaiser zu dem neben ihm sitzenden Präsidenten der ungarischen Delegation, dem der Unabhängigkeitspartei angehörenden Abgeordneten Barabas: „Es freut mich sehr, daß ein dem bürgerlichen Stande angehörendes Mitglied als Präsident der ungarischen Delegation neben mir sitzt. Es gibt vor mir keinen unterschiedlichen Stand zwischen meinen Staatsbürgern und ich trete gerne mit allen Bürgern meines Landes in Berührung". Der Abgeordnete Barabas war ganz glücklich und gab seiner Freude Ausdruck, daß der Monarch sich eine so demokratische Auffassung angeeignet habe und den Bürger wie den Adligen schätze.

Der Straßenbahnerstreik in Prag.

Prag, 27. Februar. (H. T.-B.) Der Streik der städtischen Straßenbahnarbeiter dauert fort. Gestern Abend fanden Straßendemonstrationen statt. Falls die Direktion den Angestellten kein Entgegenkommen zeigt, beabsichtigen die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke ebenfalls in den Ausstand zu treten.

Der großspurige Nasi.

Rom, 27. Februar. (H. T.-B.) Nasi will nichts von einer Begnadigung wissen. Er hat vom Staatsanwalt die Befugnis erhalten, seine Wiederherstellung in seiner Wohnung abzuwarten. Keineswegs wandert Nasi ins Gefängnis, bis die Kammer einen Beschluß gefaßt hat. Der Präsident teilte in der gestrigen Kammersitzung mit, er habe von der Staatsanwaltschaft die Benachrichtigung von der Verurteilung Nasis erhalten, ohne jedoch Nasis Mandat für verfallen zu erklären.

Turin, 27. Februar. (H. T.-B.) In Messina fanden gestern ernste Kundgebungen der Anhänger Nasis statt. Es kam zu Zusammenstößen mit Truppen, wobei zwei Demonstranten durch Bajonettstiche verletzt wurden. Auch mehrere Polizisten trugen Wunden davon. Viele Kundgeber wurden verhaftet.

Wie weit nach Marokko hinein?

Paris, 27. Februar. (H. T.-B.) Die Regierung erwartet stündlich General d'Amades Antwort auf die Anfragen des Kriegsministers, die nach dem „Temps" folgendermaßen lauten: Welche Ausdehnung soll Ihre bevorstehende Sühneexpedition gegen die Medakras haben? Mit welchen Mitteln gedenken Sie Ihr Ziel zu erreichen? Falls Sie diese Mittel nicht für völlig ausreichend halten, geben Sie Ihre Wünsche bekannt.

Gefährdung eines Eisenbahnzuges.

Oberweistritz, 27. Februar. Der von Oberweistritz an der Weistritztalbahn gestern um 7¾ Uhr Morgens abfahrende Personenzug geriet kurz vor dem Eisenbahnviadukt am Rabenstein durch eine vom Sturm umgerissene und mit den Drähten quer über den Schienen liegende Telegraphenstange in große Gefahr. Es gelang dem Lokomotivführer, den Zug im letzten Augenblick zum Stehen zu bringen.

Cannes, 27. Februar. (H. T.-B.) Zwischen dem Torpedoboot „Turco" und dem Handelsdampfer „Henry" fand gestern ein Zusammenstoß statt, wobei beide Schiffe erheblich beschädigt wurden. Der Dampfer mußte auf Grund gesetzt werden, um nicht zu sinken.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 27. Februar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Bdschl.	Max.	Min.	
Bresl. Sternw.	—4	SO 3	0	3	—4	heiter
Rosenthalb. Br.	—5	SO 2	0	2	—5	„
Beuthen OS.	—3	SO 1	gering	1	—4	bedeckt
Habelschwerdt	—3	S 1	0	0	—9	heiter
Zillertal	—6	O 1	0	—1	—13	„
Görlitz	—1	S 2	0	1	—2	„
Grünberg	—3	S 2	0	1	—4	halbbedeckt
Ostrowo	—5	W 2	2	1	—5	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle:

I. Güterbodenvorarbeiter Arthur Messingshoff, 41 J. — Verw. Müllermeister Ernestine Kluge, geb. Dorn, 68 J. — Magdalena, T. des Zigarrenhändlers Paul Unruh, 19 T. — Helmut, S. des Lederzurichters Georg Oertel, 5 M. — Arbeiterfrau Julie Wiegner, geb. Scholz, 72 J. — Alfred, S. des Arbeiters Joseph Kaßner, 2 M. — Arbeiter Karl Riedel, 79 J. — Zimmermannsfrau Martha Reim, geb. Döring, 47 J. — Näherin Emma Allert, 23 J. — Schirmmacherfrau Anna Hasse, geb. Steinert, 71 J. — Helmut, S. des Pol.-Sekret. Berthold Loebe, 8 M. — Anna Mittau, ohne Beruf, 78 J. — Arbeiterin Auguste Steinborn, 53 J. — Arbeiterin Bertha Selma Rose, 20 J. — Kontorist Joseph Seidel, 32 J. — Arbeiter Johann Freile, 46 J. — Verwitw. Postschaffner Franziska Rogalla von Bieberstein, geb. Nowack, 85 J. — Schmiedfrau Barbara Helena Weltz, geb. Bleil, 82 J. — Schlosser Johann Plucnara, 48 J. — Zimmermann Johann Scholz, 35 J. — Konditor Gustav Florian Steller, 50 J. — Paul, S. des Tischlers Paul Kraft, 3 J. — Näherin Karoline Bergmann, 73 J. — Schornsteinfeger-Invalidenfrau Martha Rother, geb. Goldmann, 29 J. — Arbeiter Daniel Grzilla, 41 J. — Bäckerlehrling Erich Blaser, 17 J. — Karl, S. des Schmieds Johann Menzel, 5 Mon. — Kurt, S. des Schneiders Wilhelm Rauvert, 5 Wochen. — Frieda, T. des Arbeiters Hermann Wecker, 5 T. — Stephanie George, ohne Beruf, 40 J. — Verw. Vorkostthändler Josefa Paul, geb. Wolf, 85 J. — Willi, S. des Kürschners Max Witkowski, 4 Monate. — Oekonom Franz Anrich, 38 Jahre. — Arbeiterfrau Selma Mattern, geb. Manschke, 31 J. — Früheres Dienstmädchen Luise Kappler, 75 J. — Arbeiter Paul Schmähl, 27 Jahre. — Spinnerfrau Karoline Lux, geb. Wenke, 72 J. — Schneidermeistersfrau Marie Meyer, geb. Hesper, 53 J. — Gertrud, T. des Hilfsweichenstellers Johann Walzog, 3 Mon. — Zigarrenmacherfrau Anna Pytlik, geb. Tamm, 57 J.

II. Werkmeister Wilhelm Wenzel, 55 J. — Karl, Sohn des Schlossers Hermann Schnese, 11 Mon. — Kgl. Staatsanwalt a. D. Paul Gebbert, 55 J. — Willy, Sohn des Zimmermanns Gustav Schneider, 6 J. — Früh. Dienstmädchen Emma Förster 32 J. — Gasanstaltsinspektorswitwe Marie Schwarzer, geb. Soppa, 81 J. — Frieda, T. des Arb. Gustav Blavid, 6 M. — Droschkenbesitzersfrau Bertha Mellor, geb. Hagemann, 70 Jahre. — Mechanik. Hugo Basler, 51 J. — Potierfrau Anna Herrmann, geb. Kappler, 53 J. — Rentierwittwe Emilie Knorr, geb. Horschke, 75 J. — Kellnerwitwe Rosalie Bronneck, 68 J. — Hellmut, S. des Restaurat. Josef Funke, 6 M. — Gertrud, T. des Arbeiters August Jones, 3 Mon. — Städt. Handarbeitslehrerin Emilie Dunckert, 63 J. — Schneidermeisterswitwe Helena Leschnick, geb. Bischoff, 84 J. — Ida, T. des Arbeiters Ernst Philipp, 10 Mon. — Möbelpolierer-witwe Luise Schwalme, geb. Frommer, 37 J. — Früh. Wirtschaftsinspektor Karl Hippe, 84 J. — Rentier Blasius Schoekiel, 79 J. — Schulvorsteherin Emma Schönfeld, 66 J. — Else, T. d. Eisenb.-Stellmachers Paul Zeiske, 4 J. — Hammerführer Josef Günther, 44 J. — Stellenvermittlerfrau Lina Berliner, geb. Alexander, 74 J. — Georg, S. des Zimmermanns Paul Schellmann, 1 J. — Kaufmannswitwe Julie Menzel, geb. Radecki, 81 J. — Kgl. Eisenb.-Packmstr. Johann Laske, 53 J. — Töpferswitwe Karoline Fettke, geb. Vogt, 89 J. — Max, S. des Monteurs Friedrich Kiesewetter, 3 Mon. — Verw. Geheime Medizinalrat Sabine Hoffmann, geb. Geldmacher, 62 J. — Pens. Eisenbahnarbeiter Wilhelm Sechner, 70 J. — Martha, T. des Tischlers Paul Barton, 5 Mon. — Rentiere Selma Deumling, 49 J. — Erwin, S. des Anstreichers Hermann Förster, 1 Mon. — Konzipientenwitwe Helene Nielisch, geb. Gräser, 70 J.

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Sekretariat für Bauarbeiterschutz.

Bureau: Adlerstraße 3. Telephon 8853.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist am 22. März.

Donnerstag, den 27. Februar:
Tapezierer. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2. Referent: E. Neukirch.

Sonnabend, den 29. Februar:
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend im Billardzimmer.

Sonntag, den 1. März:
Verband der Böttcher. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.
Steinarbeiter. Vormittags von 10—12 Uhr: Kassentag. Zimmer Nr. 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht"-Agitation.

Sonntag, den 1. März, findet eine Agitation für die „Volkswacht" von dem Lokal Gräbschenerstraße 73 aus statt. Wir ersuchen alle, besonders aber die Genossen der umliegenden Distrikte um regste Teilnahme.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Landdistrikt 1 (Bezirk Carlowitz).
Donnerstag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, in der Wohnung des Genossen Hösserich, Hundsfelder Chaussee 91, I: Zahlabend.

Land-Distrikt 8 (Herdain).
Donnerstag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend bei Klugner, Kretiusstraße 39.

Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 11 (Bezirk Stabelwitz und Umgegend).
Sonntag, den 1. März: Vormittags 10 Uhr: Zahltag im bekannten Lokal.

Peisterwitz. Kartellsitzung. Sonntag, den 1. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Schaar. Sämtliche Gewerkschafts-Vorstände haben zu erscheinen.

Peisterwitz. Oeffentliche Handwerker- und Arbeiter-Versammlung. Sonntag, den 1. März, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Gastwirts Schaar. Tagesordnung: Der Kampf ums Dasein. Referent: Volkmann-Breslau.

Peisterwitz. Wahlverein Ohlau-Strehlen-Nimptsch. Sonntag, den 1. März, Abends 7 Uhr: Besprechung beim Gastwirt Schaar. Tagesordnung: Berichterstattung von der Gemeindekonferenz.

Brieg. Maurer-Versammlung. Sonnabend, den 29. Februar, im bekannten Lokale. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Striegau. Kartellsitzung. Dienstag, den 3. März, Abends 8 Uhr, in der Bierquelle. Tagesordnung: 1. Eingegangenes. 2. Verschiedenes.

Waldenburg. Kartellsitzung. Sonntag, den 1. März, Vormittags 9 Uhr, in Altwasser. Anmeldung von Delegierten vor der Sitzung entgegengenommen.

Altwasser. Oeffentliche Volksversammlung. Freitag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser". Vortrag der Genossin Lungwitz über: „Volksrechte im Klassenstaat". Diskussion.

Altwasser. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 15. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Stern": Monatsversammlung. Vortrag über das „Parteiprogramm". Diskussion. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Aus der Geschäftswelt.

In der am 25. bis 28. Februar stattgehabten Wohlfahrts-Geldlotterie fielen am zweiten Ziehungstage folgende Gewinne: 50000 Mark auf Nr. 125057; 15000 Mark auf Nr. 379315; 2000 Mark auf Nr. 108191, 301867; 1000 Mark auf Nr. 324610; 500 Mark auf Nr. 90858, 90934, 105574, 149982, 182930, 198634, 238975, 258296, 283312, 341460, 404586. (Ohne Gewähr.) Mitgeteilt von dem Bank- und Lotterie-Geschäft B. Klement, Breslau 1, Ring 22.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/3. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Todesanzeige.

Am 24. d. Mts. starb nach kurzem Leiden unser Mitglied, der Arbeiter 985

Emil Lichter.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der sozialdemokratische Verein Liegnitz.

Eltern und Vormünder,

welche ihre Söhne oder Pflegebefohlenen dem Buchdruckerberuf zuführen wollen, machen wir darauf aufmerksam, daß nach dem zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarifvertrage in tariftreuen Druckereien nur solche Gehilfen beschäftigt werden dürfen, **welche nachweislich in einer tariftreuen Druckerei gelernt haben.**

Tarif-Ausschuß der Deutschen Buchdrucker (Kreis IX)

Wilhelm Friedrich i. Fa. Graß, Barth & Comp. (W. Friedrich) Prinzipals-Vertreter. — **Hugo Fiering** Gehilfen-Vertreter. 957

Auskunft erteilt **Hugo Fiering**, Breslau, Brüderstraße 9, II.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: **Tanzkränzchen** Polonaise m. Gratisprämienverteilung 4599

Geschäfts-Eröffnung! Hierdurch erlaube ich mir allen Parteigenossen und Kollegen anzuzeigen, daß ich **Alsenstraße 65, Ecke Posenerstr.** eine

Restauration und Speisewirtschaft

eröffnet habe. Gleichzeitig lade zu dem am **Sonntag, den 1. März,** stattfindenden

● Bock-Fest ●

verbunden mit **humoristischen Vorträgen** und **musikalischer Unterhaltung** freundlichst ein. 979

Großes Vereinszimmer zur Verfügung.

Fritz Joppich, Restaurateur, Alsenstraße 65, Ecke Posenerstr.

Stadt-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen".**
Freitag 7½ Uhr: **„Fidelio".**
Sonnabend 8½ Uhr: **Redoute.**
9 Uhr: **Konzert.** Das gesamte Theater-Orchester. Leitung: Herr Kapellmeister **Prüwer.**
10½ Uhr: **„Zum großen Wurstel".** Burleske v. Arthur Schnitzler.
11½ Uhr: **Ball.** Zwei Kapellen.

Achtung! Pfänder-Auktion.

Pfandleih-Institut, Matthiasstraße 113, 1. Etg. Verlängerung nur bis 4. März cr. 734

Masken-Kostüme

für Damen und Herren in großer Auswahl zu verleihen **Klosterstraße 52, I.** 984

Unentbehrlich im Haushalt ist

DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER

Dr. Thompson's SEIFENPULVER

½ ℔ Paket **15** Pfg.

Hirschberg. Hirschberg.

Zentralverband der Töpfer.

Sonnabend, den 29. Februar, in der „Andreasschänke":

Fastnachtsvergnügen.

Anfang 8½ Uhr. [981] Ende ? ? ?
Hierzu ladet freundlichst ein **Die Kommission.**

Altwasser. Arbeiter-Radf.-Verein „Frisch-Auf"

Sonntag, den 1. März, in **Seiferts Hotel:**

Großes Wintervergnügen

besteh. in **Tanz, Reigenfahren u. humor. Rad-Aufführungen,** wozu Bundes-Mitglieder und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. [982] **Der Vorstand.**

Lobe-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr: **„Ein Walzertraum".**
Freitag 7½ Uhr: **„Ein Walzertraum".**
Sonnabend 7½ Uhr: **„Panne".**

Möbel, Spiegel. Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95

Kein Abzahlungsgeschäft gewähre aber gern Teilzahlung.

Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	100 Mk
Salontisch	18 „
Trumeau mit mod. Aufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen	35 „
Diwan in gutem Stoff	36 „
Bettstelle mit Matratze	36 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren, Pianos, erstkl. Fabrikat und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei

F. Pauer, Sandstr. 5.

Nur Fabrikpreise!

Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene in allen Ausführungen.

Polster-Bettstellen, Waschtische, Matratzen, Keilkissen zu unerreicht billigen Preisen.

Bettfedern, Daunen, fertige Betten

allerbilligst empfiehlt und versendet das **bekannte, bestrenommierte** 4093

Breslauer Eisenmöbel-Fabrik Lager und **Betten- und Bettfedern-Versandhaus**

Max Heinrich, Gartenstr. 61.—Teleph. 9288. Katalog gratis.

Geschäfts-Anzeige.

Einer werten Einwohnerschaft von **Hinter-Fellhammer und Umgegend** die ergebene Anzeige, daß ich am 19. d. Mts. das

Fleisch- u. Wurst-Geschäft

des Herrn Fleischermeister **Franz Blaschke** pachtweise übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch nur **reelle Fleisch- und Wurstwaren** den Anforderungen meiner werten Kundschaft gerecht zu werden.

Um gütigen Zuspruch bittet 980

Heinrich Böhm, Fleischer.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag: Gruppe B. 6. Vorstellung. **„Der Biberpelz".**
Sonntag, abends 7½ Uhr: **„Die Geisha".**
Billettverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge

von **Otto Rühle.**

Preis 20 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr: **„Der Prinzgemahl".**
Freitag 8 Uhr: **„Nathan der Weise".**

Cabliau Pfd. 20 Pfg.
Fischkoteletts Pfd. 50 Pfg.
Sprotten Pfd. 21, ¼ Pfd. 6 Pfg.
Bücklinge 3 Stück 10 Pfg.

Ernst Hielscher
986 Goldene Radegasse 12.

Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage

von

Dr. med. Georg Keferstein.

Preis 20 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht.

Liebichs Etablissement.

Das brillante Februar-Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Fettsprotten ¼ Pfd. 5 Pfg.
Tiroke, Gräbschenerstr. 6. 983

Genossen kaufen 278

Schuhwaren am besten billigst nur bei

Eugen Hamburger, Rohrmannstrasse 23, Ecke Nachodstrasse.

Anzüge

Ueberzieher! Möbel auf Teilzahlung

billiger und für die Hälfte Anzahlung als in den „sogenannten" Kassegeschäften, wo Teilzahlung gestattet.

Max Biermann, Breslau

Ring 52, erste Etage neben der Stockgasse.

Filiale: **Waldenburg i. Schl.** 835

Auch nach auswärts.

Victoria-Theater (Simmenauer Garten).

La Bérat und das hervorragende **Februar-Programm.**

Anfang 7½ Uhr.

Bons an Wochentagen gültig.

Höchst wichtig für Hausfrauen.

Feine Vanille-Stücken-Schokolade garantiert rein, pro Pfund 1.— Mk.
Kakao-Pulver garantiert rein, pro Pfd. 1.40, 1.60, 2.20 und 2.60 Mk.
Kandierter Kakao-Tee immer frisch, pro Pfund 25 Pfg.
Ges. Kakaoschalen pro Pfund 10 Pfg.
Tee neuer Ernte feine Mischungen, pro Pfd. 1.—, 1.20, 1.40, 1.60, 2.— bis 3.60 Mk.
Grus-Tee pro Pfund 1.— bis 1.20 Mk.
Sämtliche Sorten Hustenbonbons pro Pfund 40, 60 bis 70 Pfg.
ff. Konfekte pro Pfd. 0.80 bis 3.— Mk.
Kinder-Konfekte pro Pfund 30 bis 80 Pfg.

empfiehlt 6247

Wilhelm Boese
Schokoladen-Haus
Breslau I, Dorotheenstrasse 3
Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwaren-Fabrik.

Das Gute bricht sich Bahn.

Meine Zigarre No. 52

10 Stück 75 Pfg.
und 5% Rabatt
ist unerreicht.

Oscar Rudolph, Zigarren-Importhaus
Breslau, Neudorfstr. 61.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.

Soeben ist erschienen:

Von Adolf Braun.

In Leinwand gebunden Mk. 1.—.

Zu beziehen durch

die Buchhandlung „Volkswacht".

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35. Dir. H. Kraimsik.

Letzte Woche!

Heute Donnerstag: Das **Riesen-Programm!**

Jede Nummer ein **Schlager**

Vorzugskarten gültig. Morgen Freitag: **Vorstellung.**

Riesen-Lachs

Voll-Heringe à Schock 2 Mk. — à Mandel 50 Pf. 3 Stück 10 Pf.

Schotten-Heringe 4 Stück 10 Pf.

Ernst Ogrowsky
22 Altbüßerstraße 22. [722]

Beilage zu Nr. 50 der „Volkswacht".

Freitag, den 28. Februar 1908.

Vor sechzig Jahren.

Der Eindruck im deutschen Süden.

Mannheim, 27. Februar (1848). Wie es sich erwarten ließ, haben die neuesten Ereignisse in Frankreich hier einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Wie ich eben erfahre, sind bereits Truppen von Karlsruhe abgegangen, wahrscheinlich zur Verstärkung des kleinen Detachements in Kehl. Jedenfalls kann man sich auf ein sehr energisches Auftreten der Kammer gefaßt machen. Im hiesigen Aulasaal soll eine Bürgerversammlung stattfinden, wenn dieselbe nicht verboten wird, was unter den jetzigen Umständen nicht zu erwarten steht.

(„Voss. Zeitung".)

München, 27. Februar. Welchen ungeheuren Eindruck die diesen Augenblick hier angelangte Nachricht von der Abdankung Louis Philipps hervorbringt, kann ich Ihnen nicht beschreiben. Die Nachricht verbreitet sich mit Blitzesschnelle durch die Stadt.

(„Köln. Zeitung".)

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung. Mittwoch, den 26. Februar. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Zunächst wird die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

Beim Kapitel „Reichsgericht" kommt

Abg. Stadthagen (Soz.) auf die Verurteilung Karl Liebknechts zurück. Nach diesem Urteil kann in der Tat jeder, der eine politische Ansicht hat, die dem Reichsgericht mißfällt, mit der Möglichkeit rechnen, wegen Hochverrats verklagt zu werden. Die Rechtssicherheit ist um so mehr gefährdet, weil bei der Berufung der Reichsgerichtsmitglieder politische Erwägungen ausschlaggebend sind. Die Uebel, die aus diesem Umstande entspringen, gehen sogar noch über die durchschnittliche Klassenjustiz hinaus und bedrohen Unschuldige mit Verderben. Eben haben wir erst gelesen, daß der Oberreichsanwalt zum Präsidenten gerade des Senats ernannt worden ist, der über politische Prozesse entscheidet. Es kommt hinzu, daß das Reichsgericht über Hochverrat in erster zugleich und letzter Instanz richtet. — Ein großer Verein von Richtern hat sich gebildet, der offen zugesteht, daß die sogenannten Garantien für die Unabhängigkeit des Richterstandes völlig ungenügend sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit Recht fordert der Verein, daß die Beförderungen nicht mehr von der Verwaltung, sondern vom Richterstande selbst vorgenommen werden sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Statt immer das Märchen von der Unabhängigkeit der Richter im Munde zu führen, schaffe man wirkliche Garantien der Unabhängigkeit. Daß die politische Zuverlässigkeit über die Berufung zum Reichsgericht entscheidet, hat Fürst Bismarck offen zugestanden. — Ich will noch bemerken, daß der Richterverein, von dem ich gesprochen habe, nicht in Preußen existiert, sondern in Oesterreich. (Aha! bei den Soz.) Ehe nicht mit dem jetzigen System der Beförderung gebrochen wird, existiert die Unabhängigkeit des Richterstandes nur in der Phantasie. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Rest des Justizetats wird debattelos bewilligt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Manz (Fr. Vpt.), Schlüter (Rpt.), Graef-Weimar (Wirt. Vgg.), Wachhorst de Wente (Natl.), Schack (Wirt. Vgg.) und Dr. Will (Zentr.) werden für giltig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Enders, Hospitant der Fr. Vpt. in Sonneberg (Sachsen-Meiningen) beantragt die Kommissionsmehrheit Beweiserhebung.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Die Kommission hat gegenüber der Wahl von Enders eine Stellung eingenommen, die mit ihren früheren Entscheidungen im grellen Widerspruch steht. In den Unterschriften von Bürgermeistern und Schultheißen unter Beifügung ihres Amtstitels unter Wahlaufrufen hat die Kommission im Gegensatz zu ihrer früheren Praxis keine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung gesehen, auch wenn die Bürgermeister mit Polizeigewalt bekleidet waren. In den in Frage kommenden Ortschaften sind 500 Stimmen abgegeben. Die Mehrheit des Herrn Enders beträgt aber nur 138 Stimmen. Wir beantragen demgemäß Ungiltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Enders. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **von Oertzen** (Rpt.) tritt für den Kommissionsbeschluß ein.

Abg. **Kopsch** (Fr. Vpt.): Man muß von Fall zu Fall entscheiden. Bei den Wahlen in Altenburg und Frankfurt a. O. hat die Sozialdemokratie eine andere Stellung eingenommen als jetzt. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.

Abg. **Raab** (wirtsch. Vg.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Das Wahlgeheimnis ist genügend gesichert und die Wähler lassen sich von ein paar Schultheißen nicht beeinflussen.

Abg. **Fischer** (Soz.): Die Wahlcouverts und die Wahlklosetts schützen namentlich in kleinen Orten keineswegs so die Wahlfreiheit, wie Herr Raab behauptet. Dafür liegen in der Wahlprüfungskommission Beweise genug vor. Auch der gegenwärtige Reichstag hat bisher den Standpunkt eingenommen, daß die Bürgermeister-Unterschriften eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung bedeuten. Herr Kopsch hätte gut getan, sich auf die Wahlen von Frankfurt a. O. und Altenburg nicht zu beziehen. Die sozialdemokratischen Wahlen in diesen beiden Wahlkreisen wurden kassiert, weil gegen die Sozialdemokraten Wahlbeeinflussung getrieben war. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Wahlbeeinflussung an dem zu bestrafen, gegen den sie sich richtete, war eine schamlose Vergewaltigung. (Lebh. Zustimmung. Unruhe rechts.) Präsident Graf Stolberg schnellt von seinem Sitz empor.)

Präsident Graf **Stolberg**: Sie haben hier einen Beschluß des Hauses als Schamlosigkeit bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Fischer** (fortfahrend): In Frankfurt a. O. hatten sich damals schon die Blockbrüder zusammengefunden. (Unruhe bei den Freis.) Sie, meine Herren Freisinnigen, bleiben nur so lange im Block als Sie von den Konservativen geduldet werden. (Große Heiterkeit bei den Soz. und im Zentr.) Dort in Frankfurt hatte der Regierungspräsident eine amtliche Wahlbeeinflussung geübt und wieder wurde die Wahlbeeinflussung bestraft an dem, gegen den sie gerichtet war. (Hört, hört! bei den Soz.) Eben sind erst im Falle Manz die Freisinnigen umgefallen. Den Umfall hat auch die freisinnige „Berliner Volkszeitung" konstatiert. (Zurufe bei den Freis.: Ist kein freisinniges Blatt. Lachen bei den Soz. und im Zentr.) Was würde wohl der alte Volkszeitungsbernstein zu Herrn Kopsch sagen, wenn er das hörte. (Zuruf bei den Freis.: Ledebour war Redakteur der „Volkszeitung".) Ledebour war, als er Volkszeitungsredakteur war, noch kein Sozialdemokrat, sowie z. B. ich in meiner Jugend frommer Zentrumsmann gewesen. (Heiterkeit.) Mit der Erklärung, Wahlprüfungen müßten von Fall zu Fall entschieden werden, hat Herr Kopsch offen den Grundsatz der Grundsatzlosigkeit proklamiert. Er hat laut der Aeußerung seines Fraktionsgenossen Müller-Meiningen bei einem entsprechenden Fall eine Meinung vertreten, die zu einer tiefen moralischen und politischen Verwirrung führt. (Stürm. Hlt. und Sehr gut! b. d. Soz. und i. Ztr.) Geistliche können nicht mit Beamten verglichen werden; sie haben das Recht für ihre Partei zu agitieren, wie jeder andere Staatsbürger. Uebrigens haben sich die Freisinnigen sehr gern bischöfliche Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten gefallen lassen. (Lebh. Zust. b. d. Soz. und i. Ztr.) Sie haben sich beschwert über den Erzbischof Albert, als er dem Pfarrer Grandinger verbot, für den Liberalismus zu agitieren; sie haben sich nicht beschwert, als der Erzbischof zu Gunsten der Wahl des Manz ein amtliches Schreiben erließ. Nachher aber hat Herr Müller-Meiningen über geistliche Wahlbeeinflussung gezetert. Das ist freisinnige Grundsatztreue. (Sehr wahr! i. Ztr. und b. d. Soz.) — Noch 1906 rief Herr Müller-Meiningen den Nationalliberalen zu: Es ist eine tieftraurige Erscheinung, wenn sich liberale Elemente an einer derartigen Kompromißpolitik beteiligen. (Gr. Hlt. i. Ztr. und b. d. Soz.) Eben da rief Herr Müller dem Zentrum zu: Sie sind unbedingte Regierungspartei geworden und konkurrieren mit der Rechten in Regierungsfreundlichkeit. (Erneute Hlt. i. Ztr. und b. d. Soz.) Nun, das Zentrum hat immer noch mehr Rückgrat bewiesen, als jetzt der Freisinn. (Stürm. Zust. b. d. Soz.)

Abg. **Mugdan** (fr. Vpt.): Seit fünf Jahren hat die Sozialdemokratie fortwährend das Zentrum unterstützt. (Lautes Lachen bei den Soz.) Ohne das Zentrum sänke die Sozialdemokratie in Bedeutungslosigkeit zurück. (Minutenlange Heiterk. b. d. Soz.) Herrn Ledebour mache ich den Wechsel seiner Ueberzeugung ebenso wenig zum Vorwurf, wie Herrn Gerlach. Gegen den Hohn der Sozialdemokraten über den Blockfreisinn sind wir abgehärtet. (Zuruf bei den Soz.: Abgebrüht! Stürm. Heiterk.) Die Zeiten der sozialdemokratisch-ultramontanen Parlamentsherrschaft sind vorüber. (Stürm. anhalt. Gelächter b. d. Soz. und im Zentr. Beifall b. d. Ant., Freis. und sonstigen Blockangehörigen.)

Abg. **Wellstein** (Zentr.), Vorsitzender der Wahlprüfungskommission, warnt vor dem Durchbrechen einer dreijährigen Praxis. Bisher ist übereinstimmend daran festgehalten worden, daß die politischen Beamten aus der Wahlagitation herausbleiben sollen. Ich beantrage Zurückverweisung des Antrages an die Kommission.

Abg. **v. Dziembowski** (Pole) tritt für diesen Antrag ein.

Abg. Dr. **Heinze** (natl.) wendet sich gegen den Antrag. Man muß nicht zu formalistisch sein. (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Soz.)

Abg. Richard **Fischer**-Berlin (Soz.): An Grundsätzen festzuhalten erscheint den Nationalliberalen als Formalismus. Die Ausführungen des Abg. Heinze gingen dahin, daß überhaupt jede amtliche Wahlbeeinflussung gestattet sein soll, soweit es sich nicht um direkte Wahlfälschung handelt. Bei den Wahlprüfungen Frankfurt und Altenburg hat auch der Freisinn mit uns gestimmt. Wenn die Freisinnigen Grundsatzpolitik statt Mandatpolitik trieben, so wären sie längst aus dem Block ausgetreten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber sie ziehen es vor, von der Gnade der Konservativen und der Gnade Bülows zu leben, wenn sich diese auch manchmal in Fußtritten äußert. (Sehr wahr! bei den Soz.) In 21 Fällen hat der Freisinn für Reichsparteiler, Antisemiten und Konservative gestimmt. (Stürm. Bravo! bei den Reichsparteilern, Konservativen und Antisemiten. — Abg. Raab winkt den Freisinnigen Glückwünsche zu. — Stürm. Heiterkeit bei den Soz.) Die Freisinnigen und ihr Herr Mugdan kommen und halten uns Vorträge über Grundsätze. Gehört auch der Glaubenswechsel zur Prinzipienfestigkeit, Herr Mugdan? (Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.) Und dann wirft uns Herr Mugdan vor, daß wir mit dem Zentrum zusammengehen. Waren wir es, oder war es der Freisinn mit Herrn Richter, der durch seinen Verrat an der Zollopposition der Zollpolitik des Zentrums zum Siege verholfen hat. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Gewiß sind wir bisweilen mit dem Zentrum zusammengegangen; der Freisinn aber auch. Und die Periode Windthorst-Richter-Grillenberger war eine Zeit, auf die der Freisinn stolz sein kann. Ueber seine Blockperiode aber wird er später in tiefster Beschämung schweigen. (Lebh. Zust. b. d. Soz. u. i. Zentr.) Herr Mugdan wie Herr Enders sind nur mit konservativer Hilfe gewählt worden. Auch außer den amtlichen Wahlbeeinflussungen sind bei der Wahl des Enders eine Reihe Ungehörigkeiten vorgekommen, nach Art jener Vorgänge im Wahlkreise Memel, die ein Konservativer als Schweinerei bezeichnet hat. (Stürmische Heiterkeit.) Wir unterstützen den Antrag auf Rückverweisung an die Wahlprüfungskommission. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vgg.) bezeichnet es als ungehörig, daß der Abgeordnete Fischer den Freisinn mit einem dreckigen Judenbengel verglichen habe. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. **v. Oertzen** (Rp.) bekämpft den Antrag auf Zurückverweisung. (Beifall b. d. Block.)

Abg. **Kopsch** (Freis. Vp.): Herr Mehring und Herr Ledebour waren Redakteure der „Volkszeitung", als sie schon eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren. (Rufe b. d. Soz.: Unwahr!) Seit Jahren hat die „Volkszeitung" das Ansehen der freisinnigen Partei zu untergraben gesucht. (Sehr wahr! b. d. Freis.) Die Sozialdemokraten verhetzen die Jugend und messen mit zweierlei Maß. Herr Fischer beantragte einen Stimmzettel für seinen Parteigenossen Böhle für giltig zu erklären, auf dessen Rückseite das Kosewort „Lump" stand. (Stürm. Heiterkeit.)

Abg. **Geyer** (Soz.): Die Konsequenz des jetzt von den Freisinnigen eingenommenen Standpunktes wird sein, daß zukünftig der ganze amtliche Wahlapparat zu Gunsten der Blockkandidaten in Tätigkeit gesetzt werden wird. Wir müssen der künftigen Wahlbeeinflussung einen Riegel vorschieben. Nicht um ein einziges Mandat handelt es sich hier, sondern um eine hochwichtige grundsätzliche Frage. Die Praxis der Rechten ist zu verstehen: die reaktionären Parteien haben stets die Wahlbeeinflussung bewilligt und getrieben, aber der Freisinn macht sich aus kläglicher Mandatsjägerei einer schmählichen Grundsatzlosigkeit schuldig. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Mugdan** (freis. Vp.) erklärt seinen Glaubenswechsel für Privatsache und behauptet, unter stürmischer Heiterkeit bei den Soz., daß die Sozialdemokratie an dem Zustandekommen des Zolltarifs schuld sei. Jede Agitation ist einem Beamten und einem Geistlichen doch nicht gestattet. (Zuruf b. d. Soz.: Nur die zugunsten Freisinniger! Heiterkeit.)

Der Schlußantrag des Blocks (Bassermann, Normann, Wiemer) läuft ein. (Stürm. Zurufe b. d. Soz.: Namentliche Abstimmung! Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident **Kämpf** stellt die Unterstützungsfrage zu dem Schlußantrag.

Der Block erhebt sich.

Vizepräsident **Kämpf**: Die Unterstützung reicht aus. (Erneute stürm. Rufe: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident **Kämpf** läßt über den Schlußantrag abstimmen.

Der Block erhebt sich.

Vizepräsident **Kämpf**: Die Debatte ist geschlossen. (Stürm. Unruhe b. d. Soz. und i. Ztr.)

Abg. **Singer** (Soz.) (Zur Geschäftsordnung): Ich hatte nach der Unterstützungsfrage vor Beginn der Abstimmung über den Schlußantrag das Wort zur Fragestellung erbeten, um namentliche Abstimmung zu beantragen. Ich stelle fest, daß mir das Wort zu Unrecht verweigert worden ist. (Zurufe b. d. Soz.: Echt freisinnig!) Und das geschieht unter dem freisinnigen Präsidenten.

Vizepräsident **Kämpf**: Wir waren bereits in der Abstimmung. (Zuruf b. d. Soz.: Unwahr!)

Abg. **Singer** (Soz.): Einer der Schriftführer hat den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß ich das Wort zur Geschäftsordnung erbeten hatte. (Stürm. Hört, hört! b. d. Soz. und im Zentrum.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Ledebour** (Soz.) stellt fest, daß er als Volkszeitungsredakteur nicht Freisinniger, sondern Demokrat war, daß er der

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Zahl der Ausländer an deutschen Universitäten ist nach dem „Reichsanzeiger" von 4151 = 9,2 Prozent der Gesamtzahl der Studenten (47.471) im Winter des Vorjahres auf 3869 gleich 8,3 Prozent im laufenden Wintersemester zurückgegangen; im Sommer 1907 betrug ihre Zahl 3766 = 8,0 Prozent, 1904 erst rund 2800, vor 20 Jahren etwa 1800 und zu Anfang der achtziger Jahre etwa 1200. Die erhebliche Steigerung ihrer Zahl in den Jahren 1904/06 beruhte fast ausschließlich auf dem erhöhten Zufluß von Russen, der indessen schon im letzten Sommer infolge einer Verschärfung der Aufnahmebestimmungen verschiedener Universitäten bedeutend nachließ. Aus Rußland stammen gegenwärtig 1466 der Studierenden der deutschen Universitäten gegen 1600 im Sommer 1907, 1890 im Winter 1906/07 und 1326 vor zwei Jahren. Wie die Zahl der Russen ging in den letzten Jahren auch die der Engländer, Schweizer und Schweden oder Norweger nicht unerheblich zurück, wogegen bedeutendere Zunahmen die Japaner, Bulgaren, Serben und Türken, die Franzosen, Holländer, Belgier, Luxemburger und Italiener aufweisen. Von der heutigen Gesamtzahl der Ausländer stammen aus Europa 3375 (gegen 3349 im Sommer 1907), aus Amerika (vornehmlich aus den Staaten der nordamerikanischen Union) 301 (261), aus Asien (überwiegend aus Japan) 177 (144), aus Afrika 12 (9), aus Australien 4 (3).

Aus aller Welt.

Die gesicherte Existenz. In seiner Wohnung erschoß, so wird aus Koburg gemeldet, Mittwoch früh der 38jährige Töpfermeister Weißenbach seine drei jüngsten Kinder im Alter von 4 und 1½ Jahren und 8 Wochen und dann sich selbst. Die Ehefrau hatte auf kurze Zeit das Haus verlassen, während der älteste Knabe in der Schule war. Der Beweggrund zu der Tat wird in Nahrungssorgen gesucht.

Selbstmord von preußischen Offizieren. Leutnant Bruno v. Brunn vom Füsilier-Regiment Nr. 34 hat sich Dienstag in Stettin aus unbekannter Ursache erschossen. — In Danzig hat sich ein Leutnant zur See L. erschossen. Die Ursache zu dem Selbstmord sollen dienstliche Angelegenheiten bilden.

Ein „schwerer" Diebstahl. Vor dem Polizeigericht in Willesden standen zwei Männer und eine Frau unter der gewiß seltenen Anklage, drei Häuser gestohlen zu haben. Ein Bauunternehmer, der in Willesden drei Häuser errichtet hatte, wollte diese besichtigen und fand zu seinem Staunen, daß diese verschwunden waren. Erkundigungen ergaben, daß etwa 15 Personen seit einiger Zeit eifrig mit dem Niederreißen der Häuser und dem Wegschaffen des Materials beschäftigt gewesen waren. Die Hausdiebe hatten allein an Bauholz 20 Tonnen weggeführt. Ein Polizist hatte die Arbeiter beobachtet, war aber offenbar nicht auf die Idee gekommen, daß es sich um einen Diebstahl handeln könne.

Aus Seenot gerettet. Der in Boston (England) beheimatete Fischdampfer „Seal" ist in der Nordsee infolge Schiffbruches gesunken. Die aus neun Mann bestehende Besatzung wurde im Rettungsboot treibend von einem englischen Dampfer aufgefunden und Dienstag in Hamburg gelandet.

Während der Vorstellung vom Wahnsinn befallen. Der Humorist und Rezitator Konrad Feldmann, ein geborener Oesterreicher, der in einer der größeren Berliner Singspielhallen auftrat, ist während der Vorstellung wahnsinnig geworden.

Eisenbahnräuber. Als Dienstag Abend in Sageanst, einer Station der Weichselbahn von Kielce nach Dombrowa, ein Güterzug eintraf, in dem sich ein Kassierer der Bahnverwaltung befand, hielten Bewaffnete den Zug an, sprengten mittels einer Bombe den Kassenwagen in die Luft und raubten annähernd 20.000 Rubel. Der Kassierer, sieben Bahnarbeiter und Soldaten wurden schwer verletzt ins Krankenhaus zu Kielce gebracht. Die Räuber fuhren mit der Lokomotive und einigen Waggons davon und entkamen in den Waldungen.

Hochwasser und Sturm. Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage ist die Maß erheblich gestiegen. Die Schiffahrt ist unterbrochen. — Infolge des starken Sturmes kam es zwischen zwei englischen Dampfern auf dem Terneuzenkanal zu einem schweren Zusammenstoß, wobei ein Schiffsoffizier in den Kanal stürzte und ertrank. Beide Schiffe erlitten bedenkliche Beschädigungen und mußten ins Trockendock gebracht werden.

Ein Kulturdokument. Ein Leser der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg überbringt der Redaktion die genaue Abschrift eines Anschlags im Hause Forsthofstraße 7. Sie lautet wörtlich:

Bekanntmachung

wer die im Hause Bewonnerde auf die Tagespost Abbernhird den werd zum ersden April Gekündigt die vier Sozialiesten müsen hin aus.

Towias Rieder Frosthofstrasse 7.

Kleine Chronik. Im Prozeß gegen den Hauptmann von Goeben ist die Zeugenvernehmung der geisteskranken Frau v. Schönebeck nicht möglich, weil sie verhandlungsunfähig ist. — Aus **Königsberg** wird gemeldet: Die Baumwollspinnerei und Weberei Ginsberg und Stroß in Libautal ist niedergebrannt. Die Fabrik besaß 25,000 Spindeln. — Die von ihrem Manne geschiedene Frau Jeschke in **Schwiebus** flößte ihrem 1jährigen Enkelkinde Salzsäure ein und trank selbst davon. Das Kind ist gestorben, die Frau liegt in hoffnungslosem Zustande darnieder. — Der Notar Lorenzetto ist in **Pola** nach Unterschlagung von einer Million ihm anvertrauter Gelder flüchtig geworden.

* * *

Humoristisches.

Kartenspiel und Rechenkunst. In eine Hirtenschule Süddeutschlands, so berichtet die „Nassauische Schulzeitung", kommt der gestrenge Herr Schulrat zur Prüfung. Der Verlauf ist keineswegs befriedigend, und besonders die Kenntnisse im Rechnen sind überaus mangelhaft. Nicht die einfachsten Additionen im ersten Zehner können die Hirtenbuben. Der Lehrer soll Rechenschaft ablegen. Erbittert erklärt er, daß die überaus mangelhaften Kenntnisse auf den schlechten Schulbesuch und die Interesselosigkeit der Hirtenbuben für die Schule zurückzuführen seien. Dumme Striche und „Sechsundsechzig"-Spielen seien ihre Hauptbeschäftigung. Der Herr Schulrat läßt ein Pack Spielkarten holen, hält einzelne Karten vor und fragt den Sepple:

„Was ist das?"
„Eck Neuner!"
„Und das?"
„Kriz Aß!"
„Und das?"
„Schufle Dam'!"
„Und das?"
„Schufle Kinig!"

Entrüstet über diese Kenntnisse des Kartenspiels gegenüber denen im Rechnen gibt der Schulrat dem Sepple eine Ohrfeige und fragt ihn:

„Weißt du auch, warum du jetzt eins kriegt hast?"

Sepple: „Weil i vergessa hab', zwanzig z' meldel"

sozialdemokratischen Partei aber erst beigetreten ist, nachdem er ein Jahr aus der Redaktion ausgeschieden war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer (Soz.): Mit dem Stimmzettel für Böhle verhält es sich anders, als Herr Kopsch die Sache dargestellt hat.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung des Antrags Wellstein der Kommissionsantrag auf Beweiserhebungen durch die Stimmen des Blocks einstimmig angenommen.

Die Wahl des Abg. Becker-Arnsberg (Zentrum) wird nach einer Auseinandersetzung der Abgg. Everling (Natl.) und Gröber (Zentrum) über geistliche Wahlbeeinflussung für giltig erklärt.

Nach debatteloser Giltigkeitserklärung der Wahl der Abgg. Labroise (Lothr.), Ortel (Natl.), Graf Mielczynski (Pole), Prinz Carolath (Natl.), von Byern (Kons), Sieg (Natl.), Ferners (Ztr.), Dr. Arning (Natl.) vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Kleiner Befähigungsnachweis, Gesetz über die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie.)

Schluß 6 Uhr.

Arbeiterbewegung.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Auf die Schanzen! So riefen wir Euch unter dem 25. November vorigen Jahres zu. Heute sagen wir: Gewehr bei Fuß! In Ausführung unseres Rufes vom November haben die Kollegen und Kolleginnen unseren Erwartungen in reichem Maße entsprochen, durch Abhaltung vieler Hunderte von Protest-Versammlungen, durch persönliche Agitation in allen interessierten Kreisen, durch Aufforderungen und Anfragen an die Vertreter vieler Reichstags-, Landtags- und Gemeinde-Wahlkreise. Alles dieses konnte nur ermöglicht werden durch Aufbringung der dazu notwendigen Gelder.

Was uns zu der Parole: Gewehr bei Fuß! jetzt veranlaßt, ist die öffentlich bekannt gewordene Mitteilung, daß der bisher ängstlich geheim gehaltene Bandrolesteuer-Gesetzentwurf aus dem Bundesratsausschuß zurückgezogen sei, wenn das auch nur als „vorläufig" zu betrachten sei. Des weiteren wurde bekannt, daß der bisherige Reichsschatzsekretär von Stengel, der Vater dieser Vorlage, über seine unglückliche „Finanzreform" stolperte, zumal ihm die geplante Ueberrumpelung vollständig mißlang.

Auf der Suche nach einem neuen Reichsschatzsekretär hat sich nun ein solcher in der Person des bisherigen Unterstaatssekretärs Sydow gefunden. Wie Kundige wissen wollen, soll der neue Herr eine nicht zu feinfühlige Draufgängernatur sein und den schneidigen Bureaukraten herauskehren.

Kollegen! Ueberdenkt, was dies für uns bedeutet: Eine andere Nummer, jedoch derselbe Faden! Auch er wird der Vermehrung und Neueinführung direkter Steuern aus dem Wege gehen; dahingegen werden seine Finanzpläne auf eine Erhöhung bereits bestehender und Einführung neuer indirekter Steuern, darunter sicher solche auf Tabakfabrikate, hinauslaufen.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir oben sagten: Gewehr bei Fuß, so meinen wir damit, daß Ihr unseres Rufes zu jeder Zeit gewärtig sein müßt, um wieder, wenn nötig, auf die Schanzen zu eilen. Um dieses noch geschlossener tun zu können, fordern wir von Euch, in allen Bezirken die vorhandenen Organisationen bestehen zu lassen, sie auszubauen, was in der kurzen Kampfperiode vielleicht nicht möglich gewesen ist, um auf den zweifellos bald wieder beginnenden Kampf vorbereitet und gerüstet zu sein.

In allen den Orten, welche es bisher unterlassen haben, Kommissionen zu bilden, ist solches schleunigst nachzuholen, den zuständigen Bezirksleitern Mitteilung zu machen und nur mit denselben in steter Verbindung zu bleiben; in den Orten, wo die Kollegen und Kolleginnen die Sache lässig betreiben, ist es Sache der Bezirksleiter, dort energisch nachzuhelfen.

Halten wir Rückschau, so können die Tabakarbeiter Deutschlands ohne Ueberhebung wohl mit Fug und Recht sagen, auf die Reichstagsabgeordneten derartig eingewirkt zu haben, daß dem Staatssekretär nahe gelegt war, seine Pläne aufzugeben.

Da der neue Mann mit verschärften neuen Entwürfen zu fürchten ist, so haben die Tabakarbeiter um so mehr die Pflicht, noch gerüsteter zu sein als vorher. Zu diesem Zweck wäre auch die Referentenfrage mehr als bisher ins Auge zu fassen, jeder Ort muß sich selbst zu helfen suchen. Der „Tabakarbeiter" bringt in jeder Nummer reiches Material für jüngere Kollegen, welche sich zu diesem Zweck ausbilden wollen. Des weiteren verweisen wir auf die von uns versandte Schrift. Diese Schrift: Die Tabaksteuerfrage und ihre Entwickelung, soll in erster Linie dem Zweck dienen, die Kollegen mit der geschichtlichen Entwickelung der Tabaksteuer vertraut zu machen, ihnen die unheilvollen Wirkungen der bisherigen Belastungen und auch die Wirkungen der ständigen Bedrohungen an der Hand der Tatsachen vorzuführen.

Also Kollegen! Frisch ans Werk!

Um die Abrechnung der bis jetzt eingegangenen Gelder abschließen zu können, ersuchen wir die Kollegenschaft, welche sich im Besitz von Sammellisten befindet, solche unverzüglich, spätestens aber bis zum 8 März cr., mit denen abrechnen zu wollen, von welchen sie die Listen bezogen. Den Bezirksleitern liegt die Pflicht ob, durch die an ihrem Wohnort bestehende Kommission ihre Abrechnung prüfen und durch den Tabakarbeiter veröffentlichen zu lassen. Alle überschüssigen Gelder sind sofort an Ludwig Walter, Berlin N. 37, Weißenburgerstraße 75, IV., einzusenden.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Wilhelm Boerner, Ritterstraße 15.
Karl Butzke, Stralsunderstraße 41, II.

In den Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe ist nachzutragen, daß diese auch für Leipzig so gut wie erledigt sind: es werden jetzt nur noch die Geschäfte in die einzelnen Tarifklassen eingereiht. Unsere gestrige Meldung enthält einen Fehler, es handelt sich nicht um Königsberg, sondern um Danzig, wo die Tarifverhandlungen noch von den örtlichen Berufsinstanzen gepflogen werden.

Weberstreik in Spremberg. Bürgerliche Blätter melden: Sämtliche Weber und Weberinnen der Firma Heinze in Spremberg haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Lohnbewegung der Stukkateure in Bad Elster. Die Stukkateure am Badehaus-Neubau in Bad Elster sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Aufrichtige Unternehmer. Die Maschinenfabrik von Benzler (Aktiengesellschaft) in Graudenz hat ihren sämtlichen Formern und Gießereiarbeitern wegen deren Organisationszugehörigkeit gekündigt. Ferner hat sie sich — heißt es in der Meldung — entschlossen, künftig nur solche Arbeiter einzustellen, die keiner unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Fachorganisation angehören. Dieser Unternehmer gibt wenigstens aufrichtigerweise unverhüllt den Grund für seine Maßregeln an. Sonst werden die Maßregelungen von den Unternehmern durch allerlei andere „Gründe" verschleiert. Ob freilich die Benzler'sche Maschinenfabrik auf die Dauer sozialistenrein bleiben wird, bezweifeln wir stark.

In Hamburg sind Verhandlungen der Organisationen des Hafen- und Transportarbeiterverbandes zwecks Verschmelzung im Gange.

Die Fabrikschuhmacher der Firma Baumann u. Malz in Meerane in Sachsen streiken noch immer. Die Firma sucht überall Arbeitswillige unter der Vorspiegelung, der Streik sei beendet.

Ein Streik der Blechwarenarbeiter bei der Firma Unger u. Sohn in Braunschweig ist wegen vielfacher Maßregelungen organisierter Kollegen ausgebrochen.

Infolge Streikausbruchs sind auf „Gute Hoffnungshütte" in Oberhausen sechs Hochöfen außer Betrieb gesetzt. Streikursache ist eine zirka 20prozentige Lohnherabsetzung. Das Siegbwerk Thyssen in Mühlheim a. Ruhr hat etwa 100 Arbeitern infolge Arbeitsmangels gekündigt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar.

Geschichtskalender.

28. Februar.

1683 Reaumur, Erfinder des Thermometers, *.
1812 Berthold Auerbach, Schriftsteller in Nordstetten (Württemberg) *.
1896 Wilhelm II.: „Christlich-Sozial ist Unsinn."
1907 Wilh. Sabor, früherer soz. Abgeordneter, †.

Kauft vor 8 Uhr Abends!

In erfreulicher Weise mehren sich die Freunde eines früheren Ladenschlusses auch in Breslau. Die Zahl derer, die die neue Petition um Einführung des Achtuhrschlusses unterzeichnet haben, beträgt bereits an 3000, so daß die baldige Einführung auch von Amts wegen in sicherer Aussicht steht. In den offenen Verkaufsstellen Breslaus haben die Inhaber derselben kürzlich Karten ausgefüllt, auf denen der Achtuhrschluß gefordert wurde. Im Laufe dieser Woche soll die Umfrage (in den Vorstädten namentlich) wiederholt werden. Und dabei können alle, die Einkäufe zu besorgen haben, mithelfen, Männer, Frauen und erwachsene Kinder: Man frage die Ladeninhaber, ob sie die Karten schon unterschrieben haben, und wenn das nicht der Fall, veranlasse man sie, das Versäumte nachzuholen. Wer keine Karte hat, kann diese unentgeltlich auf dem Arbeitersekretariat, in der Expedition der „Volkswacht" und im Sekretariat der Transportarbeiter, Nikolaistraße 37, erhalten. Man hole sich dort Karten und gebe sie an die Ladenbesitzer ab.

Namentlich sollte in allen Versammlungen und Sitzungen jedesmal mit ein paar Worten die Mahnung: „Kauft nicht nach 8 Uhr Abends!" wiederholt werden. Was anderswo möglich war, muß auch in Breslau möglich sein. Gegenwärtig besteht der frühzeitige Schluß offener Verkaufsstellen bereits in 316 Gemeinden in allen Gegenden Deutschlands. Es befinden sich darunter auch die Orte mit bedeutendem Fremdenverkehr, Industriestädte, Badeorte und dergleichen. Der Größe nach entfällt auf 196 dieser Kommunen eine Einwohnerzahl von 20.000 und darunter. 130 Städte haben 20—35.000 Einwohner, 57 Städte über 50.000 Einwohner. Der frühzeitige Schluß ist also nicht nur in „stagnierenden Kleinstädten", wie von den Gegnern der Bewegung behauptet wird, möglich, sondern hat auch in einer verhältnismäßig starken Anzahl von größeren und großen Städten Eingang gefunden. Deshalb: Im Interesse der Handelsangestellten, im Interesse der Ladenbesitzer und im Interesse der Arbeiter selbst (damit sie und ihre Frau mehr Zeit zu Bildungsbestrebungen gewinnen) ertöne immer aufs neue der Ruf: Kauft nicht nach 8 Uhr Abends!

* **Die bösen, bösen Arbeiter.** Sie wollen auch in Breslau immer noch nicht lieb Kind sein. Wie eine betrübte Mutter ihr Kleines der Nachbarin hinhält mit den Worten: „Da sehen Sie, was für ein Balg das ist!", so stellt die Breslauer Handelskammer die Arbeiter und (o Ironie!) die kaufmännischen Angestellten in ihrem Jahresbericht folgendermaßen vor:

„Den Güter erzeugenden Gewerben bereitete das Verhalten der Arbeiter gegenüber den Unternehmern immer noch manche Schwierigkeiten, wenn auch nach den schweren Kämpfen, die im Jahre 1906 zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu verzeichnen gewesen sind, im Berichtsjahre ein Waffenstillstand zu beobachten war.

Es fehlte nicht an Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Löhne, der Arbeitszeit und der allgemeinen Regelung des Arbeitsverhältnisses; doch wurden sie nicht mit der Schärfe ausgefochten, wie im Jahre zuvor, zumal da die Arbeitgeber trotz der sehr schwierigen Verhältnisse ein weitgehendes Entgegenkommen bewiesen (wo zum Beispiel? Red. d. „V.") und die schon im Vorjahre wesentlich erhöhten Löhne zum großen Teil weiter steigerten. Die Selbstkosten der Industrie, vor allem der Fertigfabrikaten-Industrie, wurden dadurch stark vermehrt. (Hier hätte man mal was Neues erfinden können. Das Argument ist ja so alt wie der Mond. Red. d. „V.") Dieser Umstand dürfte sich besonders bei einem Anhalten der ungünstigen Geschäftslage schwer fühlbar machen.

Hierzu kam, daß auch das Verhältnis zwischen Angestellten und Prinzipalen nicht mehr durchweg ungetrübt ist.

Gerade zwischen diesen beiden Gruppen ist ein gegenseitiges Vertrauens-Verhältnis unentbehrlich, wenn nicht der Unternehmungsgeist des Kaufmanns geschwächt werden soll. Die Prinzipale sind auch im Berichtsjahre bestrebt gewesen, den Bedürfnissen und Wünschen der Angestellten Entgegenkommen zu bezeigen, und bringen auch den Bestrebungen auf Alters- und Hinterbliebenenfürsorge der Handlungsangestellten, soweit sie nicht schon von den Geschäftsinhabern aus eigenem Antriebe gewährt worden ist, durch eine staatliche Versicherung volle Sympathie entgegen. Hoffentlich gelangt auch bei den Angestellten das Bewußtsein der Interessengemeinschaft mit den Prinzipalen wieder mehr zum Durchbruch."

Es ist unglaublich, wie manche Gehirne für die Notwendigkeiten des Tages absolut keine Aufnahmefähigkeit besitzen. Klingt dieser Schmerzensruf nicht wie die Ode eines biederen Zünftlers aus dem Mittelalter, dem die Gesellen zum ersten Male den Gehorsam aufkündigten? Im Jahre 1908 sollten Erwachsene an die Möglichkeit einer „Interessengemeinschaft" von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirklich nicht mehr glauben!

* **Weshalb? — deshalb!** In unbewußten Aeußerungen liegt doch oft die größte Wahrheit. Sogar in einem simplen Polizeibericht findet man hier und da eine Perle. Waren da vor einiger Zeit einige derjenigen Frechlinge aus der Einbaumstraße ausgebrochen, die als Einbrecher die Breslauer genügsam geängstigt hatten. In Glatz wurden zwei davon endlich, nach vielem Suchen und Warten erwischt. Wie es nun kam, daß sie solange unbehelligt bleiben konnten (während doch unbescholtene Staatsbürger viel schneller 'mal eingesponnen werden), verrät in naiver Weise der Polizeibericht, in dem es heißt:

„Sie trugen beide, wie aus den an die hiesige Kriminalpolizei eingesandten Photographien zu ersehen ist, elegante Zivilkleidung und waren wohl deshalb so lange unentdeckt geblieben."

Ist dies Eingeständnis nicht überwältigend drollig? Im Bewußtsein der Polizei lebt eben der größte Gauner als Schlechtgekleideter unter Schlechtgekleideten und wo es gilt, einen Halunken zu fangen, da sucht man zuerst unter denen, die nicht mit Lackschuhen, Samtwesten und Zylinder einherstolzieren. Das vornehme Auftreten, die elegante Kleidung und eine möglichst große Frechheit allem Subalternen gegenüber — das waren ja von jeher Freibriefe für Hochstapler und Strauchdiebe. Schon Schiller muß etwas ähnliches gemerkt haben, als er im „Fiesco" den Satz niederschrieb: „Allmächtig ist doch das Gold; auch Mohren kanns bleichen." Und Einbrecher als Gentlemen erscheinen lassen, könnte er hinzufügen, wenn er noch lebte.

* **Zur Beachtung für Arbeiter und zur Nachahmung für Arbeitgeber empfohlen!** Ein Arbeitgeber, der seine Arbeiter auf die Pflichten in Bezug ihrer Organisation aufmerksam macht, gehört leider auch noch zu den Seltenheiten. Zu Nutz und Frommen aller Interessenten sei daher folgender Fall mitgeteilt:

Ein Arbeiter, der längere Zeit in der Großstadt gearbeitet und während dieser Zeit auch gewerkschaftlich organisiert war, nahm zur Abwechselung in seiner Vaterstadt bei seinem Vater Arbeit und hielt es nun nicht mehr für nötig, noch länger die Gewerkschaftsbeiträge zu bezahlen. Er trat aus der Gewerkschaft aus. Nach einiger Zeit schien es ihm aber bei seinem Vater auch nicht mehr zu gefallen und so suchte er wieder bei einem früheren Arbeitgeber in der Großstadt Arbeit nach. Er betonte in dem Schreiben an den Arbeitgeber, daß er keiner Gewerkschaft angehört. Darauf erhielt er umgehend folgende Antwort:

Zufolge Ihrer gefl Zuschrift erwidere Ihnen, daß zur Zeit keine Vakanz bei mir vorhanden ist; außerdem möchte ich Ihnen den guten Rat geben, wenn Sie sich wieder mal um Stellung bemühen, dies auf dem Wege der Organisation zu tun, da hier keine unorganisierten Leute beschäftigt werden dürfen und ich würde auch keine anderen anstellen.

Hochachtungsvoll

. . . . . .

Der Arbeiter mag beim Lesen dieser Antwort hübsch verdutzt drein geschaut haben.

Die Breslauer Gemeindearbeiter 1907.

(Aus dem Jahresbericht des Verbandes.)

Das verflossene Jahr brachte dem Verbande eine gewaltige Belastungsprobe seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Auch war 1907 die Probe der Qualität seiner Mitglieder. Man kann von vornherein sagen, daß sie die Probe bestanden haben. Aus dem Bureau des Verbandes wird uns darüber geschrieben:

Wir hatten bekanntlich aus lokalen Mitteln Erwerbslosenunterstützung — also Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung — eingeführt. Nun brachte uns der Winter des verflossenen Jahres eine besonders große Krankenziffer, die unsere Lokalkasse stark in Anspruch nahm. Doch wir konnten allen Anforderungen gerecht werden und die Zweifel einiger Pessimisten in unseren Reihen erwiesen sich als grundlos. So zahlten wir an Krankenunterstützung 2007 Mark. An Arbeitslosenunterstützung 464 Mark. An Sterbeunterstützung 414 Mark. An Notfallunterstützung 148 Mark. An Invalidenunterstützung 24 Mark und an Gemaßregeltenunterstützung (die bei den Breslauer städtischen Arbeitern, Dank liberaler Stadtverwaltung, in keinem Jahre fehlt) 135 Mark. Als Beitrag (2. Rate) zum Gewerkschaftshause gaben wir 1907 550 Mark.

Dabei hatten wir durch das Eingehen der beiden Gaswerke am Lessingplatz und der Siebenhufenerstraße und die dadurch erfolgten Arbeiterentlassungen einen erheblichen Mitgliederverlust. Denn die Entlassenen fanden fast durchweg keine andere Beschäftigung bei der Stadt und gingen zur Privatindustrie, wo sie in die nunmehr für sie in Frage kommenden Gewerkschaften übertraten. Doch der Mitgliederverlust wurde wieder durch neue Kollegen wettgemacht. Das neue Gaswerk in Dürrgoy, die Tiefbauarbeiter 2c. traten hinzu und so können wir am Schlusse des Jahres 1907 auf 598 männliche und 5 weibliche Mitglieder zurückblicken. Die weiblichen Mitglieder sind Angestellte der Krankenhäuser die ebenfalls zu erwachen beginnen. Hoffentlich wächst diese Ziffer im Jahre 1908 ganz erheblich, wozu durch die neuesten Verfolgungen beste Aussicht ist.

Natürlich war die Agitation eine äußerst rege und so können wir auf 4 große öffentliche Versammlungen, 162 Berufs- oder Branchenversammlungen und 15 Vorstandssitzungen hinweisen als Beweise unserer Arbeit. Außerdem fanden noch 23 Sitzungen der Arbeiter-Ausschußvertreter statt, an denen Verbandsleiter Mehrlein teilnahm; im ganzen hat Mehrlein 134 Referate gehalten.

Doch die Arbeit war auch von Erfolgen begleitet. So gelang es unseren Kollegen im Stadthafen Lohnzulagen von 20—50 Pfg. pro Tag durchzusetzen. Ebenso den Kollegen in der Pumpstation, die Aufbesserungen von 20—60 Pfg. erreichten. Ferner wurden allen ständig beschäftigten Arbeitern Zuschläge bei Ueberstunden in Höhe von 25 Prozent und bei Sonntagsarbeit von 50 Prozent gewährt. Eine Forderung die wir schon 1902 einreichten und alle Jahre wiederholten. Auch ist eine weitere grundsätzliche Programmforderung unseres Verbandes — Arbeitsnachweis für die Arbeiter der städtischen Betriebe — endlich erfüllt worden. Dadurch erhoffen wir, daß in Zukunft mehr Methode wie bisher bei Arbeiteranwerbung und Entlassungen Platz greift. So wurden zum Beispiel alljährlich bei Beginn der längeren Tage und des dadurch geringeren Gaskonsums eine Reihe von Arbeitern entlassen, während bei der Promenadenverwaltung, Marstallverwaltung Neueinstellungen vorgenommen wurden. Hoffentlich funktioniert der neugegründete Arbeitsnachweis in unserem Sinne, vorläufig klappt er noch nicht recht.

Schließlich sei auch noch der Arbeiter-Ausschüsse gedacht. Auch hier ist noch nicht alles wie es sein soll, manche Vertreter füllen ihr Amt nicht zur Zufriedenheit ihrer Kollegen und Auftraggeber aus, doch wird es auch hier besser werden. Der Verband hat für diese Kollegen eine besondere Gruppe gebildet, in denen ihnen die nötige Kenntnis der Verhältnisse pp. beigebracht wird. Eine Arbeit, welche die Stadtverwaltung eigentlich hätte verrichten müssen, damit undurchführbare Anträge und unnötige Reibereien vermieden werden.

Jedenfalls sehen wir der Zukunft getrost entgegen und wir sind sicher, daß wir auch in diesem Jahre, ungeachtet aller unserer zahlreichen offenen und versteckten Gegner weiter marschieren werden.

Die städtischen Arbeiter und der Oberbürgermeister.

Die im Laufe der Etatsberatung von seiten des Oberbürgermeisters gegen die Organisationen der Gemeindearbeiter bezw. deren Leiter erhobenen Angriffe gaben der Organisation Veranlassung, in einer Mitglieder-Versammlung dazu Stellung zu nehmen. Dieselbe fand am Mittwoch statt und hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen.

In kurzen, aber treffenden Ausführungen schilderte der Referent Mehrlein, daß die städtischen Arbeiter in der letzten Zeit nicht die geringste Ursache zu einem derartig scharfen Angriff gegeben haben. Schon häufig ist betont worden, daß, wenn der Magistrat etwas für die städtischen Arbeiter getan habe, dies immer anerkennend von den Arbeitern quittiert worden sei. Das aber verpflichte die städtischen Arbeiter keineswegs, nun ihrerseits etwaige Mißstände in städtischen Betrieben nicht zu kritisieren. Mißstände seien noch viele vorhanden. So werde das Koalitionsrecht von den unteren und mittleren Beamten der Stadt nicht geachtet und wer von den Arbeitern als im Gemeindearbeiterverband organisiert bekannt ist, wird viel harter angefaßt als diejenigen, welche nach oben schielen. Ein Mißstand ist es ferner, daß in zwei großen städtischen Betrieben, in den Kranken- und Irren-Anstalten und auf den Rieselfeldern, wo zusammen 450 Personen beschäftigt werden, immer noch keine Arbeiter-Ausschüsse bestehen, trotz der Versicherung des Oberbürgermeisters, daß diese auch ohne den Gemeindearbeiter-Verband gekommen wären. Ueberhaupt wolle er, Mehrlein, doch nun mal feststellen, daß alle Vorteile, die die Stadt ihren Arbeitern gegeben hat, einzig und allein nur durch den Gemeindearbeiter-Verband erreicht worden sind, und er erinnere daran, daß man vor dem Bestehen der Organisation nicht an einen Sommerurlaub, den 8-Stundentag im Gaswerk, an die Arbeiter-Ausschüsse, an die Lohnerhöhung, die übrigens durch die herrschende Teuerung vollauf wieder wett gemacht wird, gedacht habe. Erst die Organisation habe das erkämpft und errungen. Ohne diese wären wir heute sicher noch nicht im Besitze der Errungenschaften.

Weiter protestiert Redner gegen die ungerechtfertigten Angriffe auf die Leitung des Vereins und bedauert, daß im Stadtparlament kein einziger der bürgerlichen Stadtverordneten unseren Vertreter in irgend einer Weise unterstützt habe. Die Nutzanwendung hieraus sei bei den im Herbst stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen zu ziehen.

Trotzdem dem Oberbürgermeister die Organisation ein Dorn im Auge sei und trotzdem er bei jeder sich bietenden Gelegenheit Mitglieder, die ihm verdächtig erscheinen, unbarmherzig aufs Pflaster werfen will, wird die Organisation nicht zerschellen. Im Gegenteil, immer mehr Arbeiter erkennen ihren Wert und schließen sich den Reihen derselben an.

In der Diskussion schilderten einige städtische Arbeiter, wie schwer sie mit dem kärglichen Wochenlohn zu rechnen haben und wie die erreichten Vorteile nur durch den Verband erkämpft wurden. Auch sie schlossen mit der Aufforderung an ihre Kollegen, der Organisation treu zu bleiben.

Mit einem anfeuernden Schlußworte Mehrleins, sich durch oberbürgermeisterliche Reden nicht irre machen zu lassen, und seien sie noch so scharf und gehässig, wurde die Versammlung geschlossen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute — Mittwoch den 26. Februar — im großen Saale der „Scala" tagende gut besuchte Mitglieder-Versammlung der städtischen Arbeiter, bestehend aus Angehörigen aller Verwaltungen, erklärt sich mit dem Referate des Verbands-Sekretärs Mehrlein völlig einverstanden.

Die Versammelten betonen wiederum, wie auch in zahlreichen ähnlichen Veranstaltungen im vorigen Jahre, daß sie das Bestreben des Magistrats und des Herrn Oberbürgermeisters im speziellen, die Lage der städtischen Arbeiter Breslaus zu verbessern, durchaus anerkennen. Allerdings sind sie dabei der Meinung, daß alles Erreichte durch ihre Tätigkeit im Gemeindearbeiter-Verband errungen ist.

Die Bestrebungen des Gemeindearbeiter-Verbandes sind eben solche, daß gegen ihre Berechtigung, Durchführbarkeit usw. sich nichts einwenden läßt. Z. B. den Achtstundentag in den Ofenhäusern der Gaswerke, Erholungsurlaub, Ueberstundenzuschläge usw.

Alles den Breslauer städtischen Arbeitern an Wohlfahrtseinrichtungen gewährte entstammt den Forderungen des Gemeindearbeiter-Verbandes und seinem Programm, und deshalb sind die Erschienenen, trotz allem Abstreiten, der Ueberzeugung, daß sie ohne diese Zugehörigkeit zum Verbande noch nichts Wesentliches erhalten hätten. Wie die Statistik am besten beweist, die vor der Gründung der hiesigen Verbandsfiliale nur die Alters-, Witwen- und Waisenversorgung aufweist. Alle anderen Wohlfahrtseinrichtungen und auch Lohnerhöhungen größeren Stils sind nach der Verbandsgründung geschaffen.

Aus diesen Gründen heraus erklären die Versammelten, daß sie unermüdlich in der Propagierung der Verbandsbestrebungen tätig sein wollen, um die noch fehlenden unorganisierten städtischen Arbeiter dem Gemeindearbeiter-Verbande zuzuführen. Dann werden alle Drohungen mit Entlassung ꝛc. von selbst gegenstandslos werden.

Die Ortskrankenkasse „Wratislavia"

hielt in Thon's Hotel, Junkernstraße 25/26, ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Jahresbericht ergab eine Einnahme von 28.602,61 Mk. (25.650,21 Mk.) und eine Ausgabe von 27.684,85 Mk. (25.555,59 Mk.) Die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten die Ziffern des Vorjahres. Der Vermögensbestand ist um 7146,12 Mk. gewachsen. Der Reservefonds beträgt 18.642,25 Mk. und dürfte damit gerade den gesetzlichen Ansprüchen genügen. Die Mitgliederzahl beträgt 620 männliche und 205 weibliche. Sterbefälle waren 4 zu verzeichnen. Die ausscheidenden Herren, Rechtsanwalt Dr. Lemberg und Bureauvorsteher Müller wurden wiedergewählt. Zum 4. Punkt der Tagesordnung, Genehmigung des mit dem Rendanten geschlossenen Vertrages, kam es zu einer längeren Debatte. Die Mehrzahl der Ortskrankenkassen haben entsprechend den Beschlüssen der Krankenkassentage ihre Beamten auf Grund der tariflichen Bestimmungen angestellt. Der Vorstand, der in der Mehrzahl aus Bureauangestellten der Rechtsanwälte besteht, hat dies abgelehnt und den Rendanten auf vierteljährliche Kündigung angestellt. Es ist dies um so bemerkenswerter, weil die Ortskrankenkasse Wratislavia unter der Leitung des hochgeachteten und leider zu früh verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Herrn Justizrat Honigmann stets als Musterkasse gegolten hat. Die engherzigsten Gründe mußten herhalten, um die Nichteinführung der tariflichen Bestimmungen zu entschuldigen. Hierauf wurde auf Grund der neuen Bestimmungen des Ortsstatuts, betreffend die Versicherung der Heimarbeiter der vorgelegte Statuten-Nachtrag angenommen. Erwähnenswert ist noch die Tabelle nach Mitgliederklassen geordnet, die eine Uebersicht gewährt über die Kategorien der Arbeitgeber und die Besoldungsverhältnisse. Wir teilen daraus folgendes mit:

Beschäftigt bei Gehalt	Anwälten		Gerichtsvollzieher		Berufs-Genossenschaften		Krankenkassen		Versicherungs-Gesellschaften	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
unter 25 Mark	144	77	7	—	1	4	3	8	1	14
„ 50 „	86	59	7	—	6	1	11	5	1	8
„ 75 „	60	39	—	—	2	1	5	1	2	6
„ 100 „	44	14	—	—	12	2	7	—	11	1
100 Mk. u. mehr	97	9	—	—	18	1	47	—	25	1
Summa	431	198	14	—	39	9	73	14	40	30
Durchschnitt	434	157	16		40	8	72	10	38	27
	591		16		48		82		65	

Bekanntlich müssen die Arbeitgeber bei der Anmeldung einer Person die Gehaltsstufe angeben. Da zeigt es sich dann, daß die Breslauer Rechtsanwälte (mit wenigen günstigen Ausnahmen) die schlechtesten Lohnzahler sind. Dieselben beschäftigten im vorigen Jahre 144 männliche und 77 weibliche Personen, denen für unter 25 Mk. Gehalt pro Monat gaben, 86 männliche und 59 weibliche Personen erhalten unter 50 Mk. Monatsgehalt, 60 männliche und 39 weibliche Personen erhalten unter 75 Mk. Monatsgehalt, 44 männliche und 14 weibliche Personen erhalten unter 100 Mk. Gehalt und nur 97 männliche und 9 weibliche erhalten über 100 Mk. Monatsgehalt. Diese kleine Statistik liefert ein getreues Spiegelbild des unendlichen Elends der Proletarier der Feder. Von durchschnittlich 591 beschäftigten Personen erhalten nur 97 männliche und 9 weibliche über 100 Mk. Gehalt und 221 Personen werden von den Breslauer Anwälten beschäftigt, die nicht einmal 25 Mk. Monatsgehalt bekommen.

Da sind die Versicherungsgesellschaften, Berufsgenossenschaften und Krankenkassen doch bessere Arbeitgeber. Die Versicherungsgesellschaften beschäftigen nur 15, die Krankenkassen nur 11 und die Berufsgenossenschaften nur 5 Personen unter 25 Mk. Monatsgehalt. Wenn man sich diese Gehaltsskala betrachtet, dann erscheinen allerdings die vielen Unredlichkeiten und Veruntreuungen, die beim Personal der Anwälte sich ereignen, erklärlich. Soll es doch Bureauvorsteher geben, die mit 60 Mk. Monatsgehalt sich durchs Leben hungern müssen. Dabei gibt es unter diesen Leuten so viele mit bornriertem Eigendünkel und Großtuerei; das hat auch die Generalversammlung wieder bewiesen bei der Vertragsgenehmigung für den Rendanten. Diese schlechtbezahlten Proletarier, die dort in der Generalversammlung als die „Arbeitgeber" für den Kassenbeamten über die vertragliche Anstellung zu beschließen haben, haben sich in ihrer ganzen Rückständigkeit gezeigt. Herr Justizrat Dr. Honigmann würde als Vorsitzender der Kasse es mit seiner Ehre unvereinbar erklärt haben, solch rückständige Beschlüsse fassen zu lassen. Wenn der Herr Rechtsanwalt Lemberg (der Nachfolger Honigmanns) sagt, die tariflichen Bestimmungen wären einseitig, so ist das grundfalsch. Ihm hätte man sollen entgegen halten, daß gerade seine Kollegen einseitige Lehrverträge mit ihren Schreiberlehrlingen abschließen, die, um ein Bei viel herauszugreifen, folgenden Wortlaut haben:

„Der pp. verpflichtet sich ein Jahr als Lehrling bei mir tätig zu sein und bekommt dafür für das erste halbe Jahr 6 Mark pro Monat, für das zweite halbe Jahr 9 Mark pro Monat. Für den ersten Monat wird Entschädigung überhaupt nicht gezahlt. Sollte der Lehrling vor einem Jahr weggehen, so hat der Vater 20 Mark Konventionalstrafe zu zahlen. Herr Rechtsanwalt pp. hat aber das Recht, den Lehrling jederzeit zu entlassen."

So, Herr Rechtsanwalt Dr. Lemberg, vielleicht gefällt Ihnen dieser Vertrag besser, der ist gewiß nicht einseitig, wie Sie meinen. Jeder vernünftige Mensch wird sich aber wundern, daß in der heutigen Zeit etwas Derartiges überhaupt noch möglich ist. Hier wäre es die höchste Zeit, wenn sich der Vorstand des Gewerkschaftskartells dieser armen ausgebeuteten Proletarier annimmt, dieselben zu einer Versammlung einladet, organisiert und wirtschaftlich hebt. Es wäre sehr interessant, wenn der nächste Jahresbericht die Namen der Anwälte enthielte, die Zahl ist ja nicht sehr groß, damit sich die Bürgerschaft bei der Vergebung ihrer Vertretungen nach der Besoldung der Angestellten etwas richten kann. Die Prozeß- und Gebührenpreise sind bekanntlich bei einem Anwalt so hoch wie beim anderen. Die Einkommen dieser Rechtsanwalts-Angestellten stehen ja noch tief, tief unter denen der Magistrats-Arbeiter!

---

* **Zur Bewegung im Baugewerbe.** Die Bauhilfsarbeiter Breslaus hielten Mittwoch Abend eine öffentliche Versammlung ab, in welcher sie zu den Plänen der Unternehmer Stellung nahmen. Für den Fall, daß die angedrohte **Aussperrung** eintreten sollte, wird man einen kräftigen Widerstand organisieren. Einstweilen wurde für alle Fälle eine aus 10 Personen bestehende Lohnkommission für die nötigen Rüstungen gewählt. Bemerkt sei, daß den Bauhilfsarbeitern der bekannte „Mustertarif" der Arbeitgeber nicht zugegangen ist.

* **Terroristenprozeß.** Vor dem Breslauer Schöffengericht hatte sich der Maurer Wilhelm Pietsch zu verantworten. In Gemeinschaft mit seinem Kollegen Alfred Scholz aus Kertschütz sollte er den unorganisierten Maurer Robert Pietsch von der Sternstraße nach § 153 G.-O. „terrorisiert" haben. Pietsch hatte auf einem Bau des Unternehmers Mücke auf der Webskystraße Arbeit gefunden, es war ihm dort aber recht bald „zu heiß" geworden, weshalb er die Arbeit von selbst wieder aufgegeben hatte. Der Staatsanwalt selbst hielt nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht für dargetan, daß sich der Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe und beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß. Scholz ist dem weltlichen Richter gänzlich entwischt, da er inzwischen gestorben ist.

* **An Eltern und Vormünder.** Mit dem herannahenden Ostertermine kommt die Zeit, wo die der Schule entwachsenen Knaben den Berufen zugeführt werden, die dereinst für sie die Quelle bieten sollen, zunächst sich selbst versorgt zu sehen, die in späteren Jahren aber auch so reichlich fließen soll, um einen eigenen Herd begründen und den Pflichten gegen Staat und Familie nachkommen zu können. Da gilt es denn, von vornherein zu prüfen, den Knaben vor allem in eine Lehrstelle zu bringen, wo 1. die Bedingungen vorhanden, daß ihm die nötige Anleitung und tüchtige Ausbildung zu teil wird, und wo 2. die Lehrwerkstatt ihm eine Empfehlung für die spätere Gehilfenzeit garantiert. Punkt 1 wird sich nur dann für den Lehrling ergeben, wenn er in eine Werkstatt kommt, wo die Lehrlingszahl zu der der Gehilfen in einem gesunden Verhältnisse steht, und wo demnach Kräfte vorhanden, die dem Lernenden fördernd zur Seite stehen; dort, wo die Lehrlinge in der Mehrzahl oder fast nur Lehrlinge vorhanden sind, wird es sich meist nur um eine einseitige Ausbildung derselben zwecks möglichst frühzeitigen Gewinnbezuges aus der Arbeitskraft des Lehrlings handeln, um denselben nach beendeter Lehrzeit als untauglichen Gehilfen für vogelfrei und stellungslos zu erklären, damit Platz für eine neue Lehrkraft gewonnen ist. Um diesem verwerflichen Gebaren im eigenen Berufe entgegenzutreten, hat sich im Buchdruckgewerbe nahezu die Gesamtheit der Prinzipale und Gehilfen vereint und beschlossen, daß für die Folge nur solche Gehilfen Aussicht auf Unterkommen in den besseren Geschäften haben sollen, die in Druckereien gelernt haben, dessen Inhaber 1. den deutschen Buchdruckertarif beim Tarifamte der Deutschen Buchdrucker durch eine schriftliche Erklärung anerkannt, und wo 2. die Lehrlingszahl der im deutschen Buchdruckertarife aufgestellten Lehrlingsskala entspricht. Für Eltern oder Vormünder entsteht nun die Pflicht, falls sie Knaben dem Buchdruckerberufe zuführen wollen, sich unter allen Umständen zu vergewissern, daß der Lehrprinzipal den deutschen Buchdruckertarif anerkannt hat; beachten dieselben das nicht, können sie sich des Vorwurfs nicht erwehren, über die Zukunft ihres Kindes in leichtfertigster Weise verfügt und diesem das spätere Fortkommen in bedenklichster Weise erschwert, wenn nicht ganz verschlossen zu haben. Die eingesetzte Tarifbehörde im Buchdruckgewerbe wird streng darauf achten, daß die Schutzmaßnahme gegen unlautere Konkurrenz und Lehrlingszucht straff gehandhabt wird, und ermahnt deshalb Eltern und Vormünder eindringlichst zur Vorsicht bei Anmeldung der Lehrlinge zum Buchdruckerberufe. Sicherste Auskunft hierüber wird an der im Inserat angegebenen Stelle erteilt.

* **Zur Reform der Frauenkleidung.** Im März soll im Kunstgewerbe-Museum in Breslau eine Ausstellung von Frauenkleidungen stattfinden. Gewissermaßen als eine Einleitung dazu fand jetzt im „Pariser Garten" eine Versammlung des Vereins für Verbesserung der Frauenkleidung statt; dort sprach ein Fräulein Beeg aus Berlin über „Pariser Mode und verbesserte Frauentracht". So viel sich die Frauen auch mit der Mode beschäftigen, so führte unter anderem die Rednerin nach der „Breslauer Morgenzeitung" aus, so wenig wissen sie doch von dem Wesen der Mode. Denn gerade so wie ein Stil nicht erfunden werden wird, sondern wie er sich langsam aus den Anschauungen seiner Zeit entwickelt, wie die jeweiligen Formen von Sprache, Kunst, von Handel und Industrie aus einem Vorhergegangenen allmählich entstanden sind, so ist auch die Mode als Ausfluß des Zeitgeistes (und noch viel mehr der wirtschaftlichen Verhältnisse! Red. d. V.) zu betrachten. Sie wird nicht willkürlich und plötzlich ins Leben gerufen, sondern sie trägt immer das charakteristische Gepräge ihrer Zeit an sich. So wäre es verfehlt, wie die Radikalen der Anhänger einer neuen Frauentracht verlangen, jede Mode abzuschaffen, und als Torheit abzulehnen und etwas völlig Neues erfinden zu wollen, das sich nicht organisch auf dem Früheren aufbaut und das nicht aus dem Empfinden unserer Zeit hervorgewachsen ist. Ein Rückschritt wäre es direkt, auf die Stile vergangener Epochen zurückzugreifen, wie dies von Künstlern mit Vorliebe getan wird, da diese als Ausdruck einer bereits überwundenen Zeit für die heutige Frau nicht passen. Eine der Persönlichkeit der modernen Frau entsprechende Tracht läßt sich nur erreichen, wenn man wie die andere Partei, die Gemäßigte, versucht, vermittelnd und aufklärend zu wirken, wenn man die Forderungen unserer Zeit versteht und auf der Basis des Vorhandenen weiterbaut und auch der Mode ihr Recht läßt. Mode ist steter Wechsel. Aber gerade darin liegt ein kultureller Wert, denn so wird die Uniformierung, die der Reformkleidung so oft zum Vorwurf gemacht wird, vermieden, jeder Stillstand aufgehoben und so der Entwickelung und Ausgestaltung der Frauenkleidung, die immer neue Ausdrucksformen für ihre Zeit finden und immer besser hygienische Forderungen mit ästhetischen in Einklang bringen wird, kein Hemmnis entgegengesetzt. Industrie und Handel bilden wichtige Faktoren bei der Bekleidungsfrage, die nicht auszuschalten sind. Eine zwingende Notwendigkeit ist es deshalb, ähnlich wie dies in Paris geschieht, eine Zentrale zu schaffen, wo durch Zusammenwirken technisch geschulter Kräfte mit den Vertretern der heimischen Produktion Modelle hergestellt werden, die, als mustergiltig verkauft, in der Provinz zum Vorbild dienen. Eine Hochschule für Reformschneiderei, wo neben der Erwerbung der praktischen Schneiderkunst theoretisches Wissen angeeignet werden soll, wo neben Aesthetik, Kunstgeschichte, auch Anatomie, eine genaue Kenntnis des Körperbaues, zu ihrem Recht kommen sollen, um so erst die Gesetze kennen zu lernen, auf denen sich die weibliche Kleidung aufbauen soll, wäre das ideale Ziel. In einer der Schule angegliederten Werkstätte sollten die nun gewonnenen Erfahrungen Anwendung finden und aus ihr sollten die eben erwähnten mustergiltigen Modelle hervorgehen. An den Vortrag schloß sich eine Vorführung von Gewändern, die Fräulein Beeg mitgebracht hatte und die von Damen des Vereins angezogen worden waren, um in der Bewegung am Körper gezeigt zu werden.

Für Arbeiterfrauen kommt freilich noch etwas viel wichtigeres hinzu: Die Verbesserung ihrer und ihres Mannes Lebenslage. Denn so lange sie heute nicht wissen, was sie morgen essen und trinken und wie sie ihre Kinder einkleiden sollen, so lange hat eine wissenschaftliche Förderung einer guten Frauentracht für sie leider wenig Wert.

* **„Gebt kein Trinkgeld!"** Zettel mit dieser Aufschrift verteilte am Sonntag in einer Versammlung in der „Scala" ein Genosse, und zwar, weil die dort beschäftigten Kellner organisationsfeindlich sind. Sofort zitierte der überwachende Polizeikommissar den Sünder herbei und untersagte ihm das Verteilen der Zettel. Der Vorsitzende der betr. Versammlung erkannte sofort, daß das ungesetzlich war, da die Polizei zu solchen Verboten kein Recht hat. Er nahm deshalb die Zettel an sich und verteilte sie nunmehr selber, aber so, daß es der Beamte sehen mußte. Das schien ihn stutzig zu machen und so ließ er die Verteilung ruhig geschehen.

* **Die geadelte Galerie.** Seitdem der älteste Sohn Wilhelm II. einmal in übermütiger Laune vierter Klasse gefahren ist, halten es gewisse Patrioten für eine vaterländische Pflicht, es ihm nachzutun und die Proletariercoupees nicht mehr so über die Achsel anzusehen. Dasselbe wird demnächst in Bezug auf die Galerie unseres Stadt-Theaters geschehen. Dort, wo das ganze Jahr hindurch nur die besitzlosen unter den Theaterliebhabern in drangvoll fürchterlicher Enge und großer Hitze stehen, wird am kommenden Sonnabend ein Teil der Breslauer „besseren Kreise" Aufenthalt nehmen. An diesem Tage findet nämlich im Theater die Redoute, das Maskenvergnügen für die Breslauer „Hautevoulee", statt. Der Eintrittspreis beträgt 10 Mk. und für den, der auch nach dem Tanz mal sitzen will, 16 Mk. Damit aber auch die etwas weniger Bemittelten Gelegenheit finden, wenigstens von oben herab dem vornehmen Treiben zuzuschauen, werden in den Rängen und auf der Galerie Zuschauer für 5,00 bis 1,50 Mark zugelassen. Die Galerie kostet 1,50 Mk., wird also nur von Nichtproletariern benützt werden. Deshalb ist sie wohl auch für diesen einen Abend umgetauft worden. Auf den Ankündigungen heißt es nicht mehr: „Preise für 1., 2. und 3. Rang und Galerie", sondern „Preise für 1., 2., 3. oder 4. Rang."

Diese Adelung sticht wesentlich ab von der Einschätzung der Galerie, die wiederholt der Breslauer Polizeipräsident beliebt hat. Er verfügte bekanntlich, daß an solchen Tagen, an denen Hauptmanns „Weber" aufgeführt wurden, die Preise der Galerie-Plätze um 25 Prozent erhöht werden mußten.

* **Der erste Frühlingsbote,** ein gut entwickelter lebender Schmetterling (Pfauenauge), wurde uns Mittwoch Abend auf die Redaktion gebracht. Dem so vorzeitig in dieser häßlichen Welt Eingetroffenen schien es darin noch wenig zu gefallen. Resigniert saß er still auf einem Blatte Papier und blickte uns winterliche Stubenhocker traurig an. Möglich, daß er nicht begreifen konnte, wie wir es im geheizten Zimmer und in der Winterkleidung überhaupt aushalten können, wo er doch durch sein bloßes Dasein Wärme, Behaglichkeit, Blütenduft und Vogelgezwitscher, kurzum, den Frühling, den sonnigen Frühling, darstellt. Hätte er in seinem Winterquartier einen Kalender gehabt, so würde er freilich seinen Irrtum bald entdeckt haben. Es ist schade, daß dieser „Früh" — ling diesmal noch nicht den Frühling bringt!

* **Die Schlesische Gruppe des Bundes für Mutterschutz** hat für Freitag, den 6. März, die bekannte Sozialpolitikerin Frau Henriette Fürth (Mitarbeiterin unserer „Neuen Zeit") aus Frankfurt a. M. für einen Vortrag über das Thema „Zur Kritik der Mutterschutzbewegung" gewonnen. Frau Henriette Fürth hat seit Begründung des Bundes durch Wort und Schrift für die praktischen Bestrebungen desselben gewirkt. Ihre Veröffentlichungen über Kinderschutz, Erwerbsmöglichkeit der Frauen und Mutterschaftsversicherung sind auf Grund praktischer, sozialer Tätigkeit und gründlicher wissenschaftlicher Forschungen entstanden und sie dürfte besonders befähigt sein, das Problem des Mutterschutzes vielseitig und objektiv zu behandeln. Der Vortrag mit anschließender Diskussion findet in den Gesellschaftsräumen des Konzerthauses neben dem Kammermusiksaal, Springerstraße 2/3, statt. Der Eintritt ist für Mitglieder und Gäste frei.

* **In der nächsten Versammlung der freien Jugendorganisation Breslau** am Sonnabend, den 29. Februar, Abends 8½ Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, wird Kollege Radlof den ersten der beiden Vorträge über den Deutschen Bauernkrieg halten. Alsdann wird über die Gründung einer Lehrlingsschutzkommission verhandelt werden. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen.

* **In einer Mitglieder-Versammlung der Freien Religions Gemeinde** wurde am Mittwoch ein Demonstrationsvortrag über „Menschenaffen und die Abstammung des Menschen" gehalten. Der Redner, der nicht genannt sein will, hatte eine ganze Kollektion Schädel von verschiedenen Affenarten und von einem Menschen, ferner fossile Knochenreste, Gipsabgüsse von fossilen Knochenfunden, bunte Tafeln und Photographien von Menschenaffen an der Hand, an denen er die Stammesverwandtschaft von Mensch und höheren Affenarten erläuterte. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach dem Vortrage äußerte der Redner in einem Privatgespräch sein Bedauern über die allgemeine Unwissenheit der Arbeiter und speziell der Erdarbeiter. Der Staat verständige sich

schwer an der Wissenschaft, indem er den Arbeiterkindern in der Schule Religion statt wirklichen Wissens lehrt. Wie viele wichtige Dokumente aus früheren Epochen der Erdgeschichte gingen der Wissenschaft nur allein deshalb verloren, weil die Erdarbeiter die für sie unscheinbaren Funde von fossilen Knochen-Resten ꝛc. gar nicht beachten! Diese Aeußerung eines Akademikers zeigt so recht, wie sehr Wissenschaft und Arbeiterbewegung zusammen gehören.

* **Gemeindearbeiter-Verband.** In der letzten Mitglieder-Versammlung des Verbandes, die am Mittwoch im großen Saale der „Skala" stattfand, hielt Stadtverordneter, Genosse Schütz, einen wohldurchdachten Vortrag über „Die kulturelle Entwickelung Deutschlands im letzten Jahrhundert". Der Vortrag fand den ungeteilten Beifall der zahlreich erschienenen Besucher.

† **Ueberzieherdiebstahl.** Am 25. d. M. erschien in den Nachmittagsstunden bei einem Arzt ein junger Mann und bestellte ihn zu einem Fabrikanten nach der Schmiedebrücke, da jemand erkrankt sei. Da der Arzt noch Sprechstunde hatte, verzögerte sich der Besuch bei dem angeblichen Kranken. Der junge Mann kam noch einmal wieder, hielt sich kurze Zeit im Entree auf und verschwand dann. Als sich der Arzt entfernen wollte, war sein Ueberzieher im Werte von 200 Mark verschwunden. In den Taschen steckten ein Hörrohr und ein weißer Kragenschoner. Die Firma, zu der der Arzt gerufen wurde, gibt es garnicht. Der Gauner dürfte auch an anderen Stellen den Betrug wiederholen.

† **Feuer.** Am 25. d. M., Abends, gerieten in einer Wohnung Laurentinsstraße 19 durch Wegwerfen eines brennenden Streichholzes Kleidungsstücke und die Dielung in Brand. Die Hausbewohner löschten vor Ankunft der Feuerwehr. — In der Wohnung eines Maurers auf der Posenerstraße wurden durch Kinder beim Spielen mit Streichhölzern Gardinen und Betten in Brand gesetzt.

† **Vermißt** wird der 17 Jahre alte Arbeiter Gustav Heinrich, dessen Eltern Brigittenthal 18 wohnen. Er hat sich in verschiedenen Städten an der Ruhr aufgehalten und ist zuletzt am 2. d. M. gesehen worden.

Aus Schlesien und Posen.

Respekt vor dem Herrn Bürgermeister.

Das eigenartige Verhältnis, welches zwischen Bürgermeister Henczinski und den Stadtverordneten in Peiskretscham herrscht, wurde in der letzten Stadtverordneten-Sitzung durch einen Vorfall lebhaft illustriert. Stadtverordneter Berliner fragte vor Schluß der Sitzung in höflichem Tone ob der Bürgermeister auf eine Anfrage, die er anzubringen habe, Auskunft erteilen wolle. Bevor Stadtverordneter Berliner jedoch weiter sprechen konnte, unterbrach Bürgermeister Henczinski in barschem Tone den Fragesteller mit den Worten:

„Wenn Sie mit mir reden wollen, dann nehmen Sie vorher erst die Hand aus der Hosentasche."

Es entstand darüber eine allgemeine Erregung. Stadtverordneter Berliner verbat sich zunächst eine derartige Behandlung mit den Worten: „Ich bin doch nicht Ihr Untergebener, ich habe es doch nicht nötig, vor ihnen stramm zu stehen. Wir sind doch hier nicht auf dem Exerzierplatz oder in der Schule; das können Sie bei Ihren Polizisten anbringen". Hierauf ergriff Stadtverordneter Mindner das Wort und erklärte, daß dieser Vorfall ein Uebergriff seitens des Bürgermeisters einem Stadtverordneten gegenüber sei und dieser sich so etwas niemals bieten lassen könne. Er erwähnt, daß ein Stadtverordneter als Redner es nur nötig hätte, sich einfach vom Platze zu erheben. Der Bürgermeister müsse doch bedenken, daß er Stadtverordnete und nicht Polizisten vor sich habe. „Wir sind, so schreibt hierzu das „Peiskretschamer Stadtblatt", dem wir vorstehende Zeilen entnehmen, auch dieser Ansicht und meinen, daß wir keinesfalls die untergebenen Beamten des Bürgermeisters sind, dieser vielmehr sein Gehalt von uns Bürgern bezieht, er ist unser Beamter, und er hat sich demnach auch nach uns und unseren Wünschen zu richten!

Diese Abführung des Bürgermeisters war sicher berechtigt. Was aber wäre erst einem sozialdemokratischen Stadtverordneten passiert, wenn er es gewagt hätte, an die Majestät des Bürgermeisters eine Frage zu richten?

Ein Bild aus dem Landarbeiterparadiese

entrollte vor kurzem eine Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Posen. Der Gutspächter Stanislaus v. Milewski in Kisejewo war seinerzeit vom Schöffengericht in Schroda zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er „seinen" Knecht, der sich dem Gutsinspektor gegenüber „aufsässig" benommen hatte, eine Ohrfeige und zwei Schläge mit einem Stocke versetzt hatte. Das Gericht versagte dem Angeklagten mildernde Umstände, weil er bereits wegen einer ähnlichen Körperverletzung mit 15 Mark vorbestraft war und weil die Tat unter Berücksichtigung des Alters, des Standes und der Bildung des Angeklagten als besonders verwerflich anzusehen sei. Gegen dieses vernünftige Urteil hatte nicht nur der Angeklagte, sondern auch der — Staatsanwalt Berufung eingelegt, weil dem Angeklagten mildernde Umstände versagt worden waren und das Urteil ein überaus hartes ist. Der Angeklagte hatte bei den Richtern in Posen mehr Glück; das Urteil des Schöffengerichts wurde aufgehoben und der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. Auch wurden die Kosten der Berufungsinstanz der Staatskasse auferlegt. — Interessant ist hierbei nur, daß selbst dem Staatsanwalt, der die Anklage zu vertreten hatte, das erstinstanzliche Urteil als zu hart erschienen ist, sodaß er zu Gunsten des Verurteilten Berufung einlegen zu müssen glaubte. Der Mißhandelte war ja aber nur ein Knecht, und der Mißhandelnde der Herr. Trotzdem erst kürzlich in allen Tonarten behauptet wurde, daß es eine Klassenjustiz nicht gibt, wagen wir gar nicht auszudenken, was wohl der Knecht erhalten hätte, wenn die Rollen vertauscht gewesen wären!

Peisterwitz, 26. Februar. Eine öffentliche Volksversammlung fand am 23. d. M. bei Schaar statt. Genosse Renkirch aus Breslau erläuterte die wichtigsten Bestimmungen der Landgemeindeordnung und kritisierte dann das Wahlrecht. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Nachdem noch zwei Genossen in der Diskussion gesprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Liegnitz, 26. Februar. Einen schönen Erfolg erzielten in sämtlichen Betrieben der Zigarrenfabrikation die Kollegen und Kolleginnen des Tabakarbeiterverbandes. Der Minimallohn wurde für Roller auf 4,75 Mk. pro Mille festgesetzt. Dieses bedeutet eine Lohnzulage von 10—15 Prozent. Auch die Wickelmacherinnen erzielten eine Lohnzulage von 10—20 Prozent. Folgende Betriebe haben Lohnzulagen gewährt: Firma Schoen, Conrad, H. Richter, Döring, Ohle und B. Schmiedt. Die Verhandlungen in allen Betrieben führte Gauleiter Clement.

Winzig, 27. Februar. Brandstiftung? Auf den letzten Brand am 18. d. M., welcher, wie gemeldet, zwei Besitzungen einäscherte, folgte am 21. d. M. ein weiterer, welcher in der schon zweimal mit größter Mühe vor dem Feuer erhaltenen Scheune der Witwe Kosmehl gegen 9½ Uhr Abends ausbrach, obgleich das Gebäude direkt an der Chaussee lag und die Witwe mit ihren fünf unmündigen Kindern noch wach war. Nur das Vieh konnte gerettet werden, alles andere wurde ein Raub der Flammen. Die Aufregung hat sich in diesem Orte begreiflicherweise noch mehr gesteigert. Außer zwei Nachtwächtern wachen auch die Bewohner der Häuser. Die Verbandsspritze, welche sich sonst in Dahsau befindet, ist bis auf weiteres in Osselwitz eingestellt, um bei etwaigen weiteren Bränden sofort zur Stelle zu sein. Sieben Gebäude sind in kurzer Zeit hier infolge Brandstiftung niedergebrannt.

Oppeln, 27. Febr. Ertrunken. Am 25. d. Mts., Abends 10 Uhr, ertrank im Mühlgraben, in der Nähe der Synagoge, der Schiffseigner Bredow. Selbstmord oder Gewalttat ist ausgeschlossen. Die Frau war nach dem tiefer gelegenen Teil des Kahnes gegangen, um Kohlen zu holen. Als sie zurückkam, sah sie ihr zweijähriges Kind, von den Kleidern getragen, auf dem Wasser schwimmen. Das Kind wurde herausgezogen und schließlich mit Stangen auch der Mann gefunden, der bereits eine Leiche war. Es wird angenommen, daß er mit dem Kinde auf dem Arm ins Wasser gefallen ist.

Oppeln, 27. Februar. Familien-Tragödie. Die Frau des Häuslers Anton Kaleja in Ellguth-Turawa legte in Abwesenheit ihres Mannes all ihre Kleidungsstücke in das Bett, zündete es an und verschloß Fenster und Türen. Dann nahm sie ihre Kinder von 1 und 3 Jahren und stürzte sich in den Brunnen. Da ihr aber das Wasser nur bis an den Hals ging, schrie sie um Hilfe, indem sie die beiden Kinder in die Höhe hielt. Zum Glück kam der älteste Sohn aus der Schule und reichte, wie die „Oppelner Nachr." melden, seiner Mutter noch rechtzeitig die Leiter in den Brunnen. Die Frau, ganz naß und steif, flüchtete aus Furcht vor ihrem Manne zu einer Nachbarin. In den Abendstunden irrte sie, die beiden Kleinen nur notdürftig mit einem Tuch bedeckt, von Haus zu Haus. Nachdem sie mehrfach abgewiesen, fand sie doch endlich mit ihren armen Kinderchen ein Unterkommen bei einer mitleidigen Seele.

Ratibor, 27. Februar. Das Leben verwirkt. Das Schwurgericht verurteilte den 22jährigen Grubenbesitzerssohn, Kaufmann Ernst Beyer aus Sauerwitz, Kreis Leobschütz, zum Tode. Beyer hatte am Abend des 22. November seine Geliebte, die 24jährige Wirtschafterin Anna Ullmann, in bestialischer Weise ermordet. Der Verurteilte leugnete bis zum letzten Augenblick die Tat.

Ratibor, 27. Februar. Tödlicher Unfall. Oberförster Sobzick aus Adamowitz stieß mit seinem Gefährt auf der Chaussee mit einem unbeleuchteten Wagen zusammen. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Gleiwitz, 27. Februar. Ein kaum glaublicher Betrug wurde dieser Tage hier zur Ausführung gebracht. Bei der Frau eines Schirrmannes im Stadtteil Petersdorf erschienen, während der Ehemann auf der Arbeitsstätte weilte, zwei unbekannte Männer und machten der Frau Glauben, daß in ihrer Familie demnächst schwere Krankheiten ausbrechen würden. Beide wären jedoch in der Lage, das Unglück von der Familie abwenden zu können, wenn die Frau alles tue, was ihr gesagt werde. Die Frau, abergläubisch veranlagt, versprach demgemäß zu tun, was ihr geheißen werde. Die Gauner ließen sich nun von ihr je ein Paar neue Hosen, sowie einen Trauring und einen goldenen Siegel ingeben, um durch Mitnahme der Sachen das „Unglück abzuwenden". Hierauf zogen sie vergnügt los — und sollen selbstverständlich noch heute wiederkommen. Der Ehemann erstattet Anzeige, indes konnten die raffinierten Betrüger noch nicht ermittelt werden.

Kattowitz, 27. Februar. Bergarbeiter-Risiko. Auf dem Hildebrandschachte bei Antonienhütte ging bei dem Ausbohren eines Versagers der Schuß los und verletzte drei Bergleute schwer. Der Häuer Stephan Grondziel erlitt furchtbare Verletzungen im Gesicht, während der Füller Hodowany an den Armen schwer verbrannt wurde. Der Häuer Franz Cyba erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bald starb.

Rosenberg OS., 27. Februar. Im Armenhause verbrannt. Mittwoch Nacht brach im Ortsarmenhause in Kudoba, Kreis Rosenberg OS., Feuer aus, wodurch dasselbe vollständig eingeäschert wurde. Leider ist dabei auch ein Menschenleben vernichtet worden. Der einzige Bewohner des Hauses, ein 65jähriger Rentenempfänger, der in seiner Trunkenheit den Brand verschuldet hatte, verbrannte bis zur Unkenntlichkeit.

Myslowitz, 27. Februar. Mordverdacht. Unter dem dringenden Verdacht, den Arbeiter Valentin Hala aus Milowice in Russisch-Polen am Abend des 19. Februar hierselbst ermordet und die Leiche in die Przemsa geworfen zu haben, wurde der Fleischergeselle Franz Kronflik hier verhaftet. Kronflik ist russischer Staatsangehöriger, aber zurzeit ohne festen Wohnsitz. In seiner Heimat ist er vielfach wegen Raub und Körperverletzung vorbestraft.

Lublinitz, 25. Februar. Glückliches Lublinitz. Wie man sich in Lublinitz amüsiert, wobei städtische Behörden, Geistlichkeit, Bürgerschaft und Schützengilde mitwirken, zeigt folgender Bericht aus dem genannten Städtchen: „Zu dem Schweinschlachten, welches kürzlich im Schützenhause veranstaltet wurde, hatten sich die Mitglieder sowie die Ehrengäste recht zahlreich eingefunden. Schon bei dem Wurstessen um 10 Uhr Vormittags war der Besuch ein reger, und es entwickelte sich bald ein buntes Leben und Treiben. Nachmittags fand das gemütliche Beisammensein der Mitglieder, ihrer Frauen und der Ehrengäste statt, wobei auch Terpsichore gebuldigt wurde. Anwesend waren unter anderen auch Stadtpfarrer Majewski und das Stadtoberhaupt Bürgermeister Jonscher. Ersterer erfreute die Anwesenden durch eine humorvolle Ansprache, welche alle in die fröhlichste Stimmung versetzte, zumal in derselben die Gemütlichkeit der dortigen Schützengilde geschildert wurde. Zur Feier des Tages sandte Ofenfabrikant Theindel aus Oppeln ein Schreiben, welcher in poetischer Form zu dem Feste seine Gratulationen sandte. Zur Erheiterung der Anwesenden hat auch die Verlosung beigetragen. Insbesondere gebührt aber dem Schützenbruder F. Königsberger für seine Mühe besonderer Dank, welchen hier die Schützengilde zum Ausdruck bringt. Das Schweineschlachten ist in allen Punkten glänzend verlaufen und wird den Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben."

Wenn die Stadtväter und Bürger ihre Kommunalaufgaben auch so prompt erfüllen, dürfte alles in Ordnung sein. Wenn?

Posen, 26. Februar. Eine von zirka 500 Personen besuchte Arbeitslosenversammlung fand am 25. d. M. im Saale des „Schweizerhof" statt. Nach einem kernigen Referate des Genossen Schulz wurde verlangt:

I. Vom Staat.

1. Sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten und sonstiger Unternehmungen in eigener Regie unter voller Innehaltung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohntarife.
2. Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel.
3. Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit.
4. Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Bevormundung durch die Behörden.

II. Von der Stadt.

1. Sofortige Inangriffnahme der geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen wie oben unter 1. bezeichnet.
2. Sofortige Inangriffnahme der Notstandsarbeiten.
3. Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber.

Die Versammelten weisen aber jede Hilfe auf das Entschiedenste zurück, welche den Charakter der Armenunterstützung tragen würde.

Nach Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende Bergemann die Versammelten auf, allen Anforderungen der Schutzmannschaft beim Austritt aus dem Saale und auf der Straße unbedingt nachzukommen, da es nicht im Plane liege, eine Demonstration auf der Straße und sonstwo zu veranstalten.

—r. **Posen**, 26. Februar. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde vor dem Oberkriegsgericht in Posen gegen den Feldwebel Ahlbach von der 9. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 50 verhandelt. Der Angeklagte war vom Kriegsgericht der 10. Division wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in drei Fällen in Verbindung mit dem Vergehen gegen § 175 und wegen Annahme von Geschenken von Untergebenen zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und Degradation verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte sowohl der Angeklagte wie auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht gab der Berufung des letzteren Folge und verurteilte den Feldwebel zu sechs Monaten Gefängnis. Dagegen wurde das Urteil, soweit es die Degradation betrifft, aufgehoben, da berücksichtigt wurde, daß der Angeklagte sich während seiner 12jährigen Dienstzeit tadellos geführt hat, und das Gericht ihm seine Existenz und sein Fortkommen nicht unterbinden wollte. — Der Herr Feldwebel bleibt also weiter Rekrutenerzieher.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Am Montag, Nachts, starben an Altersschwäche die Auszügler Molch'schen Eheleute in **Pattag**, Kreis Sagan, im Alter von 93 und 82 Jahren, der Mann 3 Stunden nach seiner Frau. Das würdige Paar hatte sich noch bis vor wenigen Monaten verhältnismäßiger Rüstigkeit erfreut, war aber in letzter Zeit sehr hinfällig geworden. — Einen schlechten Scherz, der diesmal allerdings noch glücklich abgelaufen ist, erlaubte man sich in **Dreschburg** mit einem jungen Manne, indem man ihm Pulver in den Tabak schüttete. Beim Anzünden des Tabaks explodierte natürlich die Sache und der junge Mann wurde im Gesichte derart verletzt, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Glücklicherweise ist der Verunglückte jedoch inzwischen wieder soweit hergestellt, daß er dieser Tage seine Arbeit wieder aufnehmen kann. — Feuer brach dieser Tage in der den Georg von Giesches Erben gehörenden chemischen Fabrik (vorm. Scharff u. Co.) in **Kattowitz** aus. — Eine Montagebude, die an einen Rohphosphatschuppen grenzt, war aus noch nicht bestimmt aufgeklärter Ursache zum Brandherd geworden. Die Bude brannte aus, wobei viele Zeichnungen vernichtet wurden. Die Flammen hatten auch schon einen Giebel des Rohphosphatschuppens erfaßt, als ihnen die von der Kattowitzer Wehr wirksam unterstützte freiwillige Feuerwehr Zawodzie energisch Einhalt gebot. — Wegen vorsätzlicher Brandstiftung wurde der 17 Jahre alte Knecht Alois Gallus von der Strafkammer in Liegnitz zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus den Gerichtssälen.

Arbeiter und Student.

In Halle hatte, wie der „Berliner Volkszeitung" geschrieben wird, ein Arbeiter bei einem nächtlichen Renkontre zu den herbeigeeilten Polizisten gesagt: „Sie haben uns gar keine Vorschriften zu machen, denn dazu sind Sie uns zu dumm; ich habe so viel Grütze in den Beinen, wie Sie im Kopfe." Die Folge war eine Anklage wegen Beamtenbeleidigung. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Arbeiter 40 Mark Geldstrafe, das Gericht verhängte jedoch über ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Eine so harte Bestrafung wegen einer schnoddrigen Bemerkung erregt gewiß Erstaunen.

Ein anderer Arbeiter, der etwas angetrunken war und einen Polizeisergeanten, der ihn vom Bürgersteig wies, mit einigen Schimpfworten, wie sie in Halle üblich sind, belegt hatte, wurde deshalb zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Nun ein anderer Fall:

Ein Polizeisergeant gebot einem Studenten, der bei einem nächtlichen Wortwechsel, den er provoziert hatte, sehr laut wurde, Ruhe und nahm ihn, da er dem nicht Folge leistete, mit zur Wache. Auf dem Wege dorthin leistete der Student Widerstand, indem er sich nicht nur an einen Laternenpfahl klammerte, sondern dem Beamten einen so heftigen Stockschlag über den Helm versetzte, daß der Stock in Stücke ging, die Helmspitze abbrach und der Helm aus der Fasson kam. Der Kopf des Beamten begann dermaßen zu schmerzen, daß der Mißhandelte längere Zeit auf der Wache bleiben mußte, um sich zu erholen. Im Wachtlokal äußerte der Student spöttisch: „Ach, bei der Hallescheu Polizei braucht man nur zu fragen, was die Sache kostet, dann ist alles schon erledigt." Der Amtsanwalt beantragte gegen den Studenten, der einen Beamten geschlagen und die Polizeibehörde durch die wiedergegebene Bemerkung beleidigt hatte, eine Geldstrafe von 170 Mark. Das Gericht hielt aber schon 40 Mark für ausreichend.

Urteile dieser Art sind es, die das Vertrauen in unsere Rechtspflege im Volke immer mehr dahinschwinden lassen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags

Br., Pöpelwitzstraße. 1. Es bedeuten A. 41, 46. 1. C. 1: Leichter Kropf, Unregelmäßigkeiten in der Form des sonst kräftig gebauten Brustkorbes, allgemeine Körperschwäche und bedingte Tauglichkeit. 2. Es ist die Vermittlung der Polizei anzurufen, wenn das nichts nützt, ist beim Amtsgericht zu klagen.

M., Waterloostraße. Wenn der Tod des Mannes nicht auf den Unfall zurückzuführen ist, wird an die Witfrau keine Rente gezahlt. Die geforderten Papiere sollen eingereicht werden mit der Behauptung, daß der Tod eine Unfallfolge ist.

B., Ransern. Das Tanzkränzchen Ihres Vereins bedarf keiner Genehmigung seitens des Amtsvorstehers, sondern es ist ihm nur anzuzeigen; eine Bescheinigung — etwa wie auf eine Versammlungsanmeldung — wird nicht erteilt.

53. K. Das für Gossendorf (Kr. Neumarkt) zuständige Amtsgericht ist Neumarkt i. Schl.

L., Ostritz. Bei 780 Mk. Jahresverdienst dürfen Sie zur Staatssteuer nicht veranlagt werden, sondern erst bei einem Einkommen von mehr als 900 Mk. Kranzeld gilt nach § 5 Ziffer 6 des neuen Einkommensteuergesetzes für Preußen nicht als steuerpflichtiges Einkommen.

S., Königshütte. 1. Sie können die Erstattung der Arztkosten verlangen. 2. Der freie Platz darf nicht verunreinigt werden.

L. G., Feldstraße. Besten Dank. Wird gelegentlich mit verwendet.

G. B., Gräbschenerstraße. Wo kämen wir wohl hin, wenn wir von 52 Breslauer Gewerkschaften derartige Hinweise je dreimal bringen wollten! Sie müssen Ihre Mitglieder eben dazu erziehen, regelmäßig die Zeitung zu lesen!

E. F. Frau Margarete Walkotte, die am 29. März in Breslau singt, ist, soweit wir wissen, am 30., 31. März und am 1., 2., 3. und 4. April noch frei. Schreiben Sie bitte an sie. Adresse: Steglitz bei Berlin, Fichtestr. 10.

H. B., hier. Der vierte Mann (Passer) spielt mit den zwei anderen gegen den Spieler, das heißt er gewinnt und verliert mit. Wird ein Spiel verloren, so zählt es dreimal, z. B. Grün mit 1, Spiel 2 gleich 14 gleich 42.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 26. Februar 1907.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		gering. Sorte	
	höchste	niedr.	höchste	niedr.	höchste	niedr.
Weizen, weißer	21,40	20,80	20,70	19,80	19,70	18,30
Weizen, gelber	21,30	20,70	20,60	19,70	19,60	18,20
Roggen	19,40	18,80	18,70	18,30	18,20	17,30
Braugerste	17,50	17,—	16,90	16,—	—,—	—,—
Gerste	16,—	15,80	15,70	15,40	15,30	15,—
Hafer	15,60	15,10	15,—	14,50	14,40	13,60
Viktoria-Erbsen	24,—	23,—	22,—	21,—	20,—	19,—
Erbsen	20,50	20,—	18,80	17,80	17,—	16,50
Wintercraps	28,50	—,—	26,50	—,—	24,50	—,—

Heu pro 50 Kilogr. 3,70 bis 4,— Mk.
Stroh pro Schock 32,— bis 36,— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00, ruhig, 31,— bis 31,50 Mk. Roggenmehl 00, ruhig, 29,— bis 29,50 Mk. Roggen-Hausbacken, ruhig, 28,50 bis 29,— Mk. Roggen-Futtermehl, ruhig, 13,25 bis 13,75 Mk. Weizenkleie ruhig, 12,75 bis 13,25 Mk.